



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

aus: Newsletter IFF 1 / 2025

Rechtsprechungsobservatorium 2024

Föderalismusrelevante Gerichtsurteile

PATRICK BOSSY DELGADO*
MLaw | Rechtsanwalt

MARLÈNE MICHÈLE COLLETTE**
Docteur en droit | avocate

*Das Institut für Föderalismus (IFF) verfolgt im Rahmen des **Schweizerischen Föderalismus-Observatoriums (SFO)** die Rechtsprechung des Bundes- und des Bundesverwaltungsgerichts sowie punktuell der kantonalen Gerichte. Im Fokus stehen dabei Entscheide zu den bundesverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen und Grundsätzen der föderalistischen Struktur der Schweiz. Der vorliegende Beitrag bietet eine Übersicht und Würdigung über die einschlägigen Urteile des vergangenen Jahres.*

*Dans le cadre de son **observatoire du fédéralisme suisse (OFS)**, l'Institut du Fédéralisme (IFF) suit la jurisprudence du Tribunal fédéral et du tribunal administratif fédéral ainsi que, dans certains cas, la jurisprudence cantonale. Cette recherche se concentre sur les arrêts touchant les principes et les conditions-cadre régissant la structure fédérale de la Suisse. La présente contribution offre un aperçu et une appréciation des arrêts les plus pertinents publiés l'année passée.*

*L'Istituto del federalismo (IFF) nell'ambito dell'**osservatorio del federalismo svizzero (OFS)** segue la giurisprudenza del Tribunale federale e del Tribunale amministrativo federale nonché, in alcuni casi, la giurisprudenza cantonale. Si concentra sulle decisioni relative al quadro costituzionale federale e ai principi della struttura federale della Svizzera. Questo articolo fornisce una panoramica e una valutazione delle sentenze rilevanti dell'anno scorso.*

Universität Freiburg
Institut für Föderalismus
Av. Beauregard 1
CH-1700 Freiburg

Tel. +41 (0) 26 300 81 25

www.federalism.ch



UNIVERSITÉ DE FRIBOURG FACULTÉ DE DROIT
UNIVERSITÄT FREIBURG RECHTSWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	3
II.	Die föderalismusrelevante Rechtsprechung in der Übersicht	3
III.	Ausgewählte Urteile des Bundesgerichts	7
	1. Kompetenzabgrenzung Bund – Kantone	7
	2. Kompetenzleitende und kompetenzbeschränkende Bestimmungen der Bundesverfassung	17
	3. Gemeindeautonomie	21
	4. Vollzugsföderalismus	22
	5. Kooperativer Föderalismus	24
	6. Staatsrechtliche Streitigkeiten	28
IV.	Ausgewählte Urteile des Bundesverwaltungsgerichts	29
V.	Aus der kantonalen Rechtsprechung	30
VI.	Schluss	32

I. Einleitung

Der Föderalismus gehört zusammen mit der Demokratie zu den Grundpfeilern des Schweizerischen politischen Systems. Obwohl die Grundstrukturen der föderalen Ordnung auf die Bundesstaatsgründung zurückreichen und relativ stabil geblieben sind, bilden sich diese Grundstrukturen ständig um und fort.

Zu den Motoren, welche die Entwicklung und Weiterentwicklung des Föderalismus antreiben, gehört auch die (*bundesgerichtliche*) Rechtsprechung, welche das Institut für Föderalismus (IFF) im Rahmen seines Schweizerischen Föderalismus-Observatoriums ständig vertieft verfolgt. Im Zentrum der Beobachtung stehen etwa Urteile, die sich mit der Kompetenz- und Aufgabenteilung (*Art. 3 i.V.m. Art. 42 Abs. 1 sowie Art. 43 BV*) befassen, die bundesverfassungsrechtlichen Schranken kantonaler Zuständigkeitsbereiche abstecken oder die Fragen im Zusammenhang mit dem Vollzug von Bundesrecht (*Art. 46 BV*) sowie der interkantonalen Kooperation (*Art. 48 BV*) aufgreifen.

Im vorliegenden Observatoriums-Bericht werden die föderalismusrelevanten Urteile diverser Gerichtsinstanzen nach thematischen Schwerpunkten aus dem Jahr 2024 in ihrem fall- und föderalismusbezogenen Inhalt vorgestellt und, wo nützlich, prägnant kommentiert. Zunächst sollen – für die schnellen Leserinnen und Leser – die wichtigsten Urteile in einer Übersicht zusammengefasst werden (II.). Danach folgen etwas ausführlichere Zusammenfassungen föderalismusrelevanter Urteile des Bundesgerichts (III.), des Bundesverwaltungsgerichts (IV.) und der kantonalen Gerichte (V.).

II. Die föderalismusrelevante Rechtsprechung in der Übersicht

Die im Berichtsjahr 2024 ergangene Rechtsprechung war besonders reichhaltig geprägt von Urteilen zu Fällen in diversen föderalismusrelevanten Bereichen.

- 1) Besonders reichhaltig war die Rechtsprechung zu Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen, welche im Berichtsjahr 2024 gleich mehrere Sachbereiche unterschiedlicher Provenienz betraf:
 - a) Im Bereich des **Strassenverkehrsrechts** hat sich das BGer in zwei Urteilen zur Kompetenzabgrenzung zwischen dem Bund und den Kantonen geäußert: In BGE 150 IV 161 präzisierte es, dass das Strassenverkehrsgesetz (SVG) vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01) Raum für kantonales Recht im Bereich des Übertretungsnebenstrafrecht sowie für ergänzende kantonale Strassenverkehrsvorschriften lässt. Solche Vorschriften sind allerdings nur zulässig, soweit sie sich nicht auf Motorfahrzeuge, Fahrräder oder Eisenbahnfahrzeuge beziehen, da der Bund diese Sachbereiche des Strassenverkehrsrechts

abschliessend geregelt hat.¹ Die auf eine Reglementsbestimmung einer Waadtländer Gemeinde gestützte Busse wegen übermässiger Lärmemissionen eines Motorrads musste in der Folge annulliert werden, da die kommunale Bestimmung in den durch den Bund ausgeschöpften strassenverkehrsrechtlichen Regelungsbereich unzulässigerweise eingegriffen hat. In BGE 150 I 120 wiederum wurde bezüglich die Einschränkung der Benützung von Taxis und chauffeurgesteuerten Transportfahrzeugen nach Energieeffizienzkategorien im Kanton GE durch eine kantonale Regelung als genuin kantonale Kompetenz (*Zulassung zu bewilligungspflichtigen Berufen*) und mit Art. 27 BV vereinbar beurteilt. Die Beschwerde wurde allerdings aus anderen Gründen teilweise gutgeheissen und zwei kantonalgesetzliche Bestimmungen wurden vom BGER aufgehoben.

- b) Als grundlegender *arrêt de phare* kann das zur Publikation vorgesehene Urteil 1C_63/2023 angesehen werden: In diesem Fall hat sich das BGER nicht nur zur fundamentalen und stets diffizilen **Abgrenzung** zwischen dem grundsätzlich abschliessend durch den Bund geregelten **Strafprozessrecht** und dem **kantonalen Polizeirecht**, sondern auch zum **interkantonalen Datenaustausch** sowie zur geplanten gemeinsamen Polizeidatenplattform von Bund und Kantonen **POLAP** und zur **automatisierten Überwachung** durch algorithmische Auswertung geäussert – und nicht zuletzt hier auch die Verwendung von *artificial intelligence* in seine Erwägung miteinbezogen. Zuletzt hatte sich das BGER in [BGE 149 I 218](#) grundlegend zu den Anforderungen und Schranken einer gesetzlichen Regelung im Kanton SO zur automatisieren Fahrzeugfahndung auseinandergesetzt. Mit seinem neusten Entscheid in diesem Sachbereich hat das BGER klargestellt, dass es an derartige Regelungen sehr hohe verfassungsmässige Anforderungen stellt. Damit werden sowohl die Kantone als auch der Bund beim POLAP-Projekt und anderen Vorhaben im Bereich der automatisierten Überwachung mit entsprechend hoher Präzision und viel juristischem Fingerspitzengefühl und Weitblick bei der Rechtsetzung vorgehen müssen. Bereits kurz nach seiner Veröffentlichung hat das Urteil auch in der Praxis erste Wogen geschlagen: Die KKJPD hat in einer Medienmitteilung² verlauten lassen, dass das Urteil einerseits zwar Leitlinien für die zukünftige Ausgestaltung der nötigen Rechtsgrundlagen bereitstellt, andererseits aber auch «*einige Fragen*» aufwirft, welche die KKJPD nun vertieft prüfen will. Der Legislativbetrieb hat ebenfalls bereits reagiert: Für die Zürcher Nationalrätin BARBARA STEINEMANN führt das neuste Urteil zu einer hohen Rechtsunsicherheit bei den Kantonen; diese hätten entsprechende Rechtsetzungsprojekte gestoppt oder seien unsicher, ob ihre bestehenden Rechtsgrundlagen noch gültig sein können. Mit der [parlamentarischen Initiative](#)

¹ Schon BGE 104 IV 288 E. 3; vgl. WALDMANN B./KRAEMER R., Niggli/Probst/Waldmann (Hrsg.), BSK-SVG,, Basel 2014, Art. 106 N 13

² [Medienmitteilung](#) der KKJPD vom 15. November 2024, Informationen aus der Herbstversammlung der KKJPD vom 14./15. November 2024 in Filzbach.

24.471 STEINEMANN³ soll die «*Rechtsunsicherheit (...) durch eine einheitliche Regelung in der Bundesgesetzgebung beseitigt werden*», womit die Initiative eine Zentralisierung der Legislation über die automatische Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung beim Bund anstrebt. Dabei wird offenbar davon ausgegangen, dass solche Überwachungsmaßnahmen grundsätzlich in den Bereich der Strafverfolgung und damit unter die Strafprozessordnung gehören. Dem muss entgegengehalten werden, dass damit eine der eigentlichen Problemfelder in der Praxis, nämlich der Zuordnung und Abgrenzung von ebensolchen kantonalen Normen zum Strafprozessrecht oder kantonalen Polizeirecht, nicht behebt, weshalb zumindest fraglich bleibt, inwieweit eine bundesgesetzliche Sachregelung die Kompetenz der Kantone zum Erlass entsprechender präventiv-polizeilicher Massnahmen überhaupt beschränken würde. Immerhin bestünde dann eine formellgesetzliche Grundlage zur automatisierten Überwachung im Bereich der Strafverfolgung – ob dies erwünscht ist oder nicht wird sich im Prozess der politischen Willensbildung zeigen.

- c) Mit dem Urteil 2C_113/2024 hat das BGer in diesem Berichtsjahr einen weiteren *leading case* im Bereich der laufenden **Digitalisierung des Justiz- und Verwaltungsbetriebs** getroffen: Von zentraler Bedeutung in Anbetracht der landesweit laufenden Digitalisierungsbestrebungen ist sicher seine Erwägung, dass der **Digitalisierung im Behördenverkehr** ein «*erhebliches Potenzial zur Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung*», also der **Prozessökonomie**, **inhärent** ist, das mit dem elektronischen Geschäftsverkehr, insbesondere gerade mit einer Verpflichtung zur digitalen Kommunikation, erreicht werden kann. In **kompetenzrechtlicher Hinsicht** hat es klargestellt, dass eine solche *digital-only*-Pflicht der **Effizienzsteigerung** der **Verwaltungs- und Justizverfahren** dient und damit in die **Kompetenz der Kantone** zur Regelung ihres öffentlichen Verfahrensrechts fällt. Folglich verletzt diese Pflicht auch nicht die vom Bund abschliessend geregelten anwaltlichen Berufspflichten gemäss dem BGFA. Insofern kann das Urteil als **Meilenstein der bundesgerichtlichen Rechtsprechung zur Digitalisierung behördlicher Verfahren** im Bund und in den Kantonen angesehen werden.
- d) Im föderalistischen Kontext ist besonders aufgefallen, dass sich das BGer häufig mit den **Grenzen kantonaler Kompetenzen durch materielle Schranken des Bundesverfassungsrechts** zu beschäftigen hatte: So hat es den Kantonen im Fall betreffend die **Transparenzinitiative Schaffhausen (BGE 150 I 17)** und im Fall betreffend den Parteiwechsel von **Isabel Garcia** kurz nach der formellen Bestätigung der Wahl gestützt auf die politische Abstimmungs- und Wahlfreiheit gemäss Art. 34 Abs. 2 BV inhaltliche Schranken bei der Ausgestaltung von Abstimmungen als auch Wahlen gesetzt. Wie bereits in den Anmerkungen zu den entsprechenden Urteilen erwähnt wurde, folgt das BGer damit einem seit längerem feststellbaren **Trend**, die **Autonomie der Kantone** in

³ Parlamentarische Initiative 24.471 STEINEMANN «*Schaffung einer Rechtsgrundlage für die automatisierte Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung*» vom 18. Dezember 2024.

der **Durchführung von kantonalen Abstimmungen und Wahlen** aus **verfassungsrechtlichen Gründen einzuschränken**. Dasselbe gilt für das Urteil 1C_490/2024 betreffend die Stadtberner Gratis-ÖV-Initiative, wo es neuerlich die inhaltliche Ausgestaltungsfreiheit des kommunalen Souveräns durch eine **materielle Vorgabe des Bundesverfassungsrechts** eingeschränkt hat. In diesem grösseren Zusammenhang wurde im Ständerat erst kürzlich das **Postulat 25.3164**⁴ der St. Galler Ständerätin ESTHER FRIEDLI eingereicht: Unter exakter Bezugnahme auf mehrere Urteile des BGer aus den letzten Jahren – wovon auch einige im vorliegenden Bericht abgebildet sind – soll das Postulat den Bundesrat beauftragen, aufzuzeigen, *«wie im Zuständigkeitsbereich der Kantone (...) die Wertungsspielräume der kantonalen Gesetzgeber gegen die expansive Grund- und Menschenrechtsauslegung durch das Bundesgericht institutionell abgesichert werden können [Hervorhebung durch die Verfasser]»*. Der Bundesgesetzgeber könne *«ein missliebiges Bundesgerichtsurteil korrigieren, indem er gesetzlich reagiert»*, aber den Kantonen stehe kein ähnliches *«Gegenmittel»* zur Verfügung. Der Bericht soll aufzeigen, mit welchen Möglichkeiten die Kantone ihre *«Wertungsspielräume»* weiterhin gewährleisten können. Eine juristische Kommentierung hier anzubringen, würde den Anspruch und den Rahmen des vorliegenden Berichtes sprengen – nur so viel sei gesagt: Das genannte Postulat zeigt, dass die vermehrte Steuerungstendenz über grundlegende Normen der Bundesverfassung in der neueren bundesgerichtlichen Rechtsprechung nicht unbemerkt am politischen Betrieb, und wohl auch kaum an Teilen der Bevölkerung, vorbei gegangen ist. Insofern wäre die Erstellung eines solchen Berichtes, in welchem der Bundesrat nebst dem verlangten Inhalt auch seinen Standpunkt hierzu darlegt, aus föderalistischer Sicht durchaus wünschenswert.

- 2) Im Bereich des **kooperativen Föderalismus** stechen zwei Urteile betreffend die interkantonale Zusammenarbeit hervor: Im zur Publikation vorgesehenen Urteil 2C_456/2023 entschied es betreffend die Maturareform der EDK und der darauf erfolgten Änderung des Maturitätsanerkennungsreglement der EDK (MAR), dass die Grundlage der EDK für seine (überregionale) Kompetenz, die Anerkennung gymnasialer Maturitätsausweise zu regeln, in der interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen besteht, welche in den jeweiligen Kantonen vom kantonalen Souverän oder von der Legislative angenommen wurden. Im Urteil 2C_911/2023 hat es sich im Rahmen einer Streitigkeit um Bereich des Kirchendienstkonkordats in allgemeiner und grundlegender Weise zu den Anforderungen an die Publikation und an den Rechtsweg bei Konkordaten geäussert.
- 3) Bereichert wurde die höchstrichterliche Rechtsprechung besonders um ein seltenes Urteil im Bereich der **staatsrechtlichen Streitigkeiten**: Staatsrechtliche Streitigkeiten werden gemäss Art. 120 Abs. 1 BGG in der Regel vom Bundesgericht im Klageverfahren beurteilt. Wo ein Spezialgesetz einer anderen Behörde als dem Bundesgericht die Kompetenz zuweist,

⁴ Postulat 25.1364 FRIEDLI *«Bedroht die expansive Auslegung von Grund- und Menschenrechten durch das Bundesgericht den Föderalismus?»* vom 19. März 2025.

eine solche Streitigkeit durch Verfügung zu entscheiden, führt der Beschwerdeweg in letzter Instanz an das Bundesgericht (*Art. 120 Abs. 2 Satz 2 BGG*). Im Urteil 9E_1/2023 hat es sich zu interkantonalen Kompetenzkonflikte im Bereich der Quellensteuer zur Tragweite dieser Bestimmung geäußert und dabei geklärt, dass nur das BGer über quellensteuerrechtliche Kürzungsansprüche zwischen dem Bund und einem Kanton im Streitfall entscheiden, nicht die ESTV. Damit betont und stärkt das BGer seine Rolle und Position als einzige Entscheidungsinstanz zur Beilegung innerstaatlicher föderaler Streitigkeiten.

- 4) Aus der **Rechtsprechung des BVGer** ist das Urteil A-1706/2023 betreffend das in den Medien oft erwähnte **Notstromreservkraftwerk Birr** im Kanton AG hervorzuheben: Nach Ansicht der Gerichte kommt dem Bundesrat qua Landesversorgungsgesetz ein weiterer Gestaltungsspielraum bei der vorübergehender Ausserkraftsetzung von kantonalen und kommunalen Bestimmungen in schweren Mangellagen zu. Allerdings erachtete es, dass der Bundesrat in diesem Fall seinen Ermessensspielraum bei der Feststellung, ob überhaupt eine solche vorausgesetzte schwere Mangellage bestand, sein pflichtgemässes Ermessen unterschritten und insoweit rechtsfehlerhaft gehandelt. Allerdings war die fragliche Betriebsverordnung zum Zeitpunkt der Entscheidung nicht mehr in Kraft.

III. Ausgewählte Urteile des Bundesgerichts

1. Kompetenzabgrenzung Bund – Kantone

Bundesrechtliche Regelungen gehen entgegenstehendem kantonalen Recht vor (*Art. 49 Abs. 1 BV*). Bei einer abschliessenden bundesrechtlichen Regelung bleibt kantonales Recht im betreffenden Bereich zulässig, wenn es andere Ziele verfolgt oder das Bundesrecht stärkt, ohne dessen Ziele zu vereiteln.⁵ Beim Regelfall einer konkurrierenden Kompetenz sind die Kantone solange und soweit zuständig, als der Bund von seiner Kompetenz noch keinen Gebrauch gemacht hat (*nachträglich derogatorische Bundeskompetenz*). Ansonsten üben die Kantone alle Rechte aus, die nicht dem Bund übertragen sind (*Art. 3 BV*).

Kompetenzrechtlich liegt eine abschliessende Regelung des Bundes vor, wenn die Bundesverfassung eine ausschliessliche Bundeskompetenz vorsieht oder der Bund im Falle einer konkurrierenden Kompetenz im ihm von der Bundesverfassung zugewiesenen Bereich umfassend geliefert hat. Eine abschliessende Bundesregelung steht nicht zwingend in Verbindung mit einer umfassenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Der Bund kann bestimmte Sachfragen

⁵ Vgl. WALDMANN BERNHARD, BSK-BV, Waldmann/Belser/Epiney (Hrsg.), Basler Kommentar Bundesverfassung [BSK-BV], Basel 2015, Art. 49 N 19 m.w.H.

auch im Rahmen einer ihm zukommenden fragmentarischen Legiferierungskompetenz oder einer Grundsatzgesetzgebungskompetenz abschliessend regeln. In diesen Bereichen steht den Kantonen insoweit ein gewisser Spielraum für eigene Gesetzgebungstätigkeit zu. Der Bund kann auch Gesetzgebungskompetenzen und damit die entsprechende Regelungsmöglichkeit an den kantonalen Gesetzgeber delegieren.

Schliesslich können die Kantone in einem durch das Bundeszivilrecht geregelten Bereich öffentlich-rechtliche Vorschriften erlassen, sofern die bunderechtliche Ordnung nicht abschliessend geregelt ist, die kantonalen Bestimmungen einem öffentlichen Interesse entsprechen und das Bundeszivilrecht weder vereiteln noch erschweren oder dessen Sinn und Geist zuwiderlaufen (Art. 6 ZGB).

a. [ATF 150 II 83](#) (arrêt [9C_739/2022](#) du 5 janvier 2024)
Concession Navizence

Redevance et impôt spécial sur les forces hydrauliques : Un désaccord est né entre une société concessionnaire sur des cours d'eau en VS pour produire de l'électricité et le Service cantonal de l'énergie et des forces hydrauliques sur le point de savoir si les eaux déversées devaient être soumises à l'impôt spécial sur les forces hydrauliques. Le service cantonal a ainsi réclamé des montants sur la base de l'impôt spécial en déterminant l'assiette de l'impôt sur les volumes d'eau déversés et le débit d'eau supplémentaire à turbiner. Les cantons ne perçoivent pas d'impôt spécial sur les concessions ([art. 49 al. 2 LFH](#)). Cependant, la loi autorise les cantons à percevoir des impôts spéciaux si la législation cantonale fixe une redevance inférieure à celle prévue par la loi fédérale : le canton peut alors percevoir un impôt à condition que les deux taxes réunies ne dépassent pas la redevance prévue au niveau fédéral ([art. 49 al. 2 LFH in fine](#)). Dans le cas présent, le VS a usé de cette possibilité car l'art. 65 de la loi sur les utilisations des forces hydrauliques du Valais ([LcFH-VS](#)) fixe le montant de la redevance à 40 % du taux prévu par la loi fédérale, le canton percevant quant à lui 60 % du montant de la redevance à titre d'impôt spécial ([art. 71 LcFH-VS](#)). Par conséquent, pour déterminer le montant de l'impôt spécial, il faut déterminer le montant de la redevance et pour cela, évaluer la puissance théorique moyenne de l'eau en fonction des débits d'eau absorbés par les installations prévues ([art. 51 al. 1 et 3 LFH](#)). En l'espèce, le TF a considéré qu'il n'est possible de retenir le débit d'eau que des installations prévues pour l'exploitation de la concession, à savoir les volumes d'eau déversés. Recours partiellement admis.

b. [ATF 150 I 120](#) (arrêt [2C_79/2023](#) du 23 février 2024)

Restrictions voitures taxis – LTVTC-GE : Le 28 janvier 2022, le canton de Genève a adopté la loi genevoise sur les taxis et les voitures de transport avec chauffeur ([LTVTC-GE](#)) dont l'art. 18 al. 2 consacre un système de restriction à l'usage de voitures par étapes en fonction de leurs valeurs

d'émission de CO₂. Les recourants contestaient cet article en particulier sous l'angle de la violation du droit fédéral (*art. 49 Cst.*) (c. 5.4.1) En vertu de l'*art. 82 al. 1 Cst.*, la Confédération légifère sur la circulation routière. La Confédération dispose ainsi dans ce domaine d'une compétence législative globale et concurrente par rapport au droit cantonal, ce qui signifie que la souveraineté des cantons sur les routes est réservée dans les limites du droit fédéral. C'est sur cette base que le législateur fédéral a adopté la LCR, dont l'*art. 106* règle le partage de compétences en matière de circulation routière entre la Confédération et les cantons. L'admission des véhicules automobiles à la circulation relève ainsi de la compétence exclusive de la Confédération. (c. 5.4.2) Il n'en demeure pas moins, que même si la Confédération dispose de la compétence de réglementer la circulation routière et en particulier l'admission à celle-ci (*cf. art. 82 al. 1 Cst.*) rien n'empêche pas les cantons d'établir des règles qui concernent d'autres domaines, à l'instar de celui de l'exercice de la profession de chauffeur de taxi et de voitures de transport avec chauffeur, telles que les limousines. En effet, la compétence de l'*art. 82 al. 1 Cst.* est une compétence législative concurrente par rapport aux cantons. Le TF a déjà eu l'occasion de relever dans des jurisprudences précédentes que, ni les services de taxi, ni ceux de VTC, ne sont réglementés de manière exhaustive par la Confédération, de sorte que la compétence pour légiférer dans ce domaine appartient bien aux cantons. Il s'ensuit que l'*art. 18 al. 2 LTVTC/GE* n'établit donc pas, malgré ce qu'en pensent les recourants, un critère supplémentaire à l'admission à la circulation routière des véhicules, mais limite l'exercice de la profession de chauffeur de taxi et de VTC à l'utilisation de véhicules remplissant des exigences supplémentaires mais uniquement dans le cadre de leur utilisation professionnelle soumise à autorisation. (c. 5.5.3) Si le but recherché est certes de réduire progressivement les émissions de CO₂, la mesure litigieuse ne vise pas, pour atteindre ce but, à réglementer l'importation ou la fabrication de voitures, ce qui relève de la compétence exclusive de la Confédération selon la LCO₂ et l'OLCO₂, mais bien celle de l'utilisation de véhicules comme taxi ou VTC dans le cadre d'une profession dont la compétence en matière de réglementation reste cantonale. Recours partiellement admis.

c. [ATF 150 IV 161 \(arrêt 6B_1143/2023 du 21 mars 2024\)](#)

Compétence cantonale en droit pénal et primauté du droit fédéral : Conduisant un motorcycle, le recourant s'est notamment vu infliger une amende sur la base de l'*art. 59 al. 1* du règlement général de police de la commune concernée (*RGP*) qui dispose que tout acte sur le domaine public de nature à porter atteinte à l'ordre, à la tranquillité, à la sécurité et au repos publics est interdit. L'*art. 106 al. 3 LCR* prévoit que les **cantons restent compétents pour édicter des prescriptions complémentaires sur la circulation routière**, sauf en ce qui concerne les véhicules automobiles et les cycles, les tramways et chemins de fer routiers. Les **cantons ne peuvent donc édicter des prescriptions complémentaires instituant des contraventions** de droit cantonal dans le domaine de la **circulation routière que pour autant qu'elles ne concernent pas les véhicules automobiles et les cycles, les tramways et chemins de fer routiers, celles-ci étant réglées de manière exhaustive par le droit fédéral.** (c. 3.8) Le bruit excessif causé par la conduite d'un véhicule à moteur est spécifiquement sanctionné par une amende en vertu des *art. 90 al.*

1 et 42 al. 1 LCR. L'art. 59 al. 1 RGP dernière phrase poursuit le même but en sanctionnant également ce comportement. Ainsi, la limite de compétence n'apparaît pas être respectée et l'art. 59 al. 1 dernière phrase RGP qui sanctionne les bruits excessifs produits par la conduite d'un véhicule motorisé inappropriée et dérangeante viole l'art. 106 al. 3 LCR ainsi que la primauté du droit fédéral. Recours partiellement admis et renvoi au service cantonal pour nouvelle taxation.

d. [BGE 150 V 105](#) (Urteil [8C_499/2023](#) vom 6. März 2024)

Kantonale Ausführungsbestimmung zu Ergänzungsleistungen: Ein an multipler Sklerose leidender IV-Bezüger ersuchte um eine zusätzliche Vergütungsleistung «*von ungedeckten Kosten (...)*». Die EL-Durchführungsstelle des Kantons SG lehnte das Gesuch ab, da der Pflegeaufwand seiner Ehefrau bereits in der EL-Berechnung eingeschlossen worden sei und diese keine dauernde und wesentliche Erwerbseinbusse erlitten habe. Das VGer-SG hiess die dagegen erhobene Beschwerde der Erbegemeinschaft des mittlerweile verstorbenen IV-Bezügers gut, wogegen die EL-Durchführungsstelle ans BGer erhob. Bis Ende 2007 richteten sich die **EL-Vergütungen** ausschliesslich nach Bundesrecht; mit **Inkrafttreten des NFA** per 1. Januar 2008 wurden die vergütbaren **Krankheits- und Behinderungskosten neu nach Massgabe des Bundesrechts durch die Kantone bezeichnet** (*historische Begründung: E. 4.3 m.w.H.*). Das BGer prüfte daraufhin, ob Art. 4^{bis} Abs. 1 **ELG-SG**⁶ und die dazugehörige **VKB-SG**⁷ mit den massgeblichen Bestimmungen des **ELG** und der **ELV** sowie der **Rechtsgleichheit** und dem **Willkürverbot** vereinbar sind: **Art. 14 Abs. 2 ELG überlässt den Kantonen einen nicht unerheblichen Gestaltungsspielraum, die nach Art. 14 Abs. 1 ELG vergütbaren Kosten zu bezeichnen**. Das BGer erachtete die Regelung des Kantons SG «*insofern [als] mit dem Bundesrecht vereinbar*» (*E. 6.2 m.w.H.*). Beschwerde gutgeheissen.

Die vom BGer in diesem Leitescheid ergangene Rechtsprechung wurde bereits kurz darauf in den Urteilen [8C_572/2023](#) vom 8. Mai 2024 (*Kostenvergütung im Kanton ZG; Beschwerde abgewiesen*) sowie [8C_637/2023](#) vom 11. Juli 2024 (*Leistungsbegrenzung im Kanton BS, keine Besitzstandsgarantie auf bisher erbrachte Kostenleistungen; Beschwerde des Amtes für Sozialbeiträge gutgeheissen*) aufgegriffen und bestätigt.

e. [BGE 150 II 308](#) (Urteil [2C_164/2023](#) vom 25. März 2024)

Publikation Berufsausübungsverbot eines Anwalts im kantonalen Amtsblatt (§ 23 Abs. 1 lit. d EG BGFA-ZG und Art. 95 BV/Art. 17 BGFA): Das BGFA stützt sich auf die **konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes** gemäss **Art. 95 Abs. 1 und 2 BV**, womit die Kantone nur in den Bereichen oder Teilbereichen, die bundesrechtlich nicht geregelt sind, legiferieren dürfen (*E. 7.3*). Das **BGFA regelt Disziplinar massnahmen abschliessend** (*E. 7.4 mit zahlreichen Hinweisen*

⁶ Ergänzungsleistungsgesetz (ELG [ELG-SG]) vom 22. September 1991 (sGS 351.5).

⁷ Verordnung über die Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten bei den Ergänzungsleistungen (VKB [VKB-SG]) vom 11. Dezember 2007 (sGS 351.53).

auf Urteile des BGer und die Lehre). Im Gegensatz zur Publikation von Disziplinar massnahmen im Anwaltsregister nach [Art. 6 Abs. 3 BGFA](#) ist die Veröffentlichung solcher Massnahmen in kantonalen Publikationsorganen nicht vorgesehen. (E. 7.5). Bereits in [BGE 143 I 352](#) erwog das BGer, dass die Publikation eines Berufsverbots im Bereich der Medizinalberufe im kantonalen Amtsblatt unzulässig ist, da diese nicht im [MedBG](#) vorgesehen ist (E. 7.7 *in initio*). Folglich steht **§ 23 Abs. 1 lit. d EG-BGFA-ZG in Widerspruch zur abschliessenden Disziplinar massnahmenordnung von Art. 17 BGFA** und verletzt damit den **Grundsatz der derogatorischen Kraft des Bundesrechts** i.S.v. Art. 49 Abs. 1 BV, weshalb die **Publikationsanordnung im kantonalen Amtsblatt aufzuheben** ist (E. 7.9). Teilweise Gutheissung der Beschwerde.

Im vorliegenden Entscheid hat das BGer erneut klargestellt, dass der Bund im Rahmen seiner umfassenden, nachträglich derogatorischen Gesetzgebungskompetenz gemäss Art. 95 Abs. 1 f. BV die Disziplinar massnahmen gegenüber Anwältinnen und Anwälten mit dem BGFA bundesweit abschliessend geregelt hat. Nun hat es seine Rechtsprechung zum Medizinalberufegesetz, wonach die Publikation einer in Art. 43 MedBG abschliessend aufgeführten Disziplinar massnahme im kantonalen Amtsblatt bundesrechtswidrig ist, auch auf die entsprechende Regelung über den Anwaltsberuf ausgeweitet.

f. [BGE 150 II 321](#) (Urteil [9C_591/2023](#) vom 4. April 2024)

Doppelbesteuerungsverbot (Art. 127 Abs. 3 BV) und nationaler Finanzausgleich (NFA: FiLaG): 13 Jahre nach der Sitzverlegung einer AG vom Kanton SG in den Kanton AR stellte das Steueramt SG rückwirkend deren unbeschränkte Steuerpflicht aufgrund des Orts ihrer tatsächlichen Verwaltung im Kanton SG fest (*blosser Steuerdomizilentscheid: E. 1.2 in medio*). Aus dem **Doppelbesteuerungsverbot** folgt **keine Verpflichtung zur Leistung eines Vergütungszinses**, weshalb ein solcher Anspruch sich **nur «aus dem massgebendem kantonalen Recht ergeben»** kann (E. 1.3 *m.w.H.*). Der durch kantonales Recht begründete **Besteuerungsanspruch des Sitzkantons** wird nach den Grundsätzen des Bundesrechts **über das Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung durch den Besteuerungsanspruch des Kantons der tatsächlichen Verwaltung verdrängt** (E. 3.1 *in fine*).

Die in **bisheriger bundesgerichtlicher Rechtsprechung** begründete Vorstellung, die **Beweislast und Beweislastführung** für **steuerbegründende Tatsachen** könnten situativ dem Steuerpflichtigen übertragen werden, wenn die Steuerbehörde den «*Eintritt dieser Tatsache*» als «*sehr wahrscheinlich*» erscheinen lassen könne (E. 3.6.1), ist nach dem BGer «*heute in doppelter Hinsicht überholt*»: Sie steht der in [Art. 46 Abs. 1 StHG](#) festgeschriebenen **Untersuchungsmaxime** entgegen und die Verteilung der objektiven Beweislast erfolgt seit einigen Jahren sinngemäss nach Art. 8 ZGB (E. 3.6.2 *m.w.H.*). Im Steuerverfahrensrecht gilt nach der Rechtsprechung grundsätzlich das Regelbeweismass der vollen Überzeugung (E. 3.6.3). Die Bestimmung des **Ortes der tatsächlichen Verwaltung** ist nach Ansicht des BGer eine Tatsache, welche sich regelmässig nicht oder nur mit unzumutbarem Aufwand voll beweisen lässt; daher ist «*im Sinne einer Beweiserleichterung*» das Beweismass der **überwiegenden Wahrscheinlichkeit** hinsichtlich des Nachweises des Ortes der tatsächlichen Verwaltung zuzulassen (E. 3.6.4 *in fine*).

Der Kanton AR brachte vor, dass die Beschwerdeführerin sich i.S.v. BGE 149 II 354⁸ qualifiziert treuwidrig verhalten und folglich trotz der eben gerade aufgegebenen Praxis, keinen Steuerrückerstattungsanspruch habe, zumal die **Gewinnsteuererträge** «*der Beschwerdeführerin in das Ressourcenpotenzial eingeflossen seien, auf dessen Grundlage die Ausgleichzahlungen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) bemessen werden*» (E.4.3 und 4.4). Da die Ermittlung der konkreten NFA-Beträge auf **komplexer Berechnung** (Art. 3a und 4 FiLaG) beruht, erwog das BGer, dass es **praktisch ausgeschlossen** ist, dass die **bezahlten Steuern betragsmässig exakt mit dem Ausfall an Ausgleichzahlungen übereinstimmt**; eine solche Prüfung «*würde den Rahmen eines bundesgerichtlichen Doppelbesteuerungsverfahrens sprengen*» (E. 4.4.2 in fine). Daher sind solche **durch Doppelbesteuerungsfälle verursachten «Verzerrungen im NFA» generell kein Grund, Steuereinträge aus Doppelbesteuerungsfällen einzubehalten** (E. 4.5). Beschwerde gegen den Kanton SG abgewiesen, Beschwerde gegen den Kanton AR gutgeheissen.

Wie bereits im Berichtsjahr 2023 hat sich das höchste Schweizer Gericht erneut in grundlegender Weise zum Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung äussern müssen. Dieser Trend setzt sich mit dem vorliegenden *leading case* fort. Soweit ersichtlich hat sich das BGer zum ersten Mal zu beiden Rechtsinstituten in einem derart engen Konnex geäussert. Die Urteilsbegründung hat sich bereits auf einen weiteren die direkte Bundessteuer betreffenden Fall ausgewirkt (*Urteil des BGer 9C_323/2023 vom 7. August 2024, zur Publikation vorgesehen*). Die Rechtsprechung verlangt nunmehr zum Nachweis des Sitzes der tatsächlichen Verwaltung einer Unternehmung «nur» noch das Beweismass der überwiegenden Wahrscheinlichkeit.

Aus föderalistischer Sicht stechen jedoch die gleichzeitig erfolgten Erwägungen zum NFA hervor: Konkret liess das BGer den Einwand des Kanton AR, dass die Steuerrückerstattung seine Berechnungsgrundlage des Finanzausgleichs nachträglich verfälschen würde, aufgrund der Komplexität des konkreten NFA-Vollzugs nicht zu. Das Argument des BGer, dass der Steuerausfall aufgrund der Steuerrückerstattung wohl kaum mit dem Ausfall an Ausgleichzahlungen übereinstimmt, lässt sich auf die vorgebrachte Komplexität (*der Materie sowie des Vollzugs*) zurückführen. Weil sich der NFA schlussendlich nicht aus annähernd statischen, sondern fortlaufen fluktuierenden Faktoren zusammensetzt, hätte die Anerkennung eines Korrekturanspruches des nicht besteuerten Kantons den Vollzug des NFA womöglich noch weit komplexer werden lassen, als er es bereits ist. Damit könnte der (*schliesslich*) ungerechtfertigt doppelbesteuernde Kanton versucht sein, sich einen Teil der von ihm verursachten Folgekosten in Form von höheren Beitragszahlungen zu seinen Gunsten oder geringeren Zahlungen zu seinen Lasten zurückzuholen. Aufgrund der Verfassungswidrigkeit einer erfolgten Doppelbesteuerung und des unverhältnismässig hohen Korrekturaufwands einer darauffolgenden NFA-Neuberechnung (*an sich und erst recht in einem justizförmigen Doppelbesteuerungsverfahren*), ist der bundesgerichtlichen Auslegung und Wertung im Endeffekt zuzustimmen.

⁸ Siehe [Rechtsprechungsmonitoring 2023](#), S 21.

g. [Arrêt 2C_325/2023](#) du 24 mai 2024

Accord intercantonal sur les marchés publics : Le 15 novembre 2019, l'Autorité intercantonale pour les marchés publics a adopté le nouvel accord intercantonal sur les marchés publics. Le Grand Conseil vaudois a adopté, le 14 juin 2022, la loi cantonale de mise en œuvre de cette convention intercantonale, à savoir la nouvelle loi sur les marchés publics (*nLMP-VD*), laquelle comporte une disposition spécifique sur la location de personnel (*art. 6 nLMP-VD*) qui traite du respect, par les soumissionnaires, des dispositions relatives à la protection des travailleurs et des conditions de travail. La réglementation sur les marchés publics, dont relève l'*art. 6 nLMP-VD* au centre du litige, représente une compétence parallèle entre la Confédération et les cantons (*compétence implicite de la Confédération au titre de l'art. 164 al. 1 let. g Cst. ; c. 6.2*). La loi fédérale sur le service de l'emploi et la location de services (LSE) contient une réglementation complète et exhaustive sur deux plans au moins : d'une part en ce qui concerne les conditions dans lesquelles une entreprise peut exercer la location de services à titre commercial et d'autre part en ce qui concerne la protection des travailleurs intérimaires (*c. 6.4*). Cela étant, le simple fait que la législation fédérale présente un caractère exhaustif sur ces deux points ne signifie pas encore que les cantons soient totalement empêchés d'adopter des dispositions qui peuvent toucher les entreprises de location de services sur la base de leurs compétences en matière de réglementation des marchés publics. (*c. 6.8*) L'*art. 6 nLMP/VD* tend seulement à empêcher que les soumissionnaires retenus, ainsi que leurs éventuels sous-traitants, ne réalisent des marchés publics avec l'assistance d'entreprises de location de services qui ne seraient pas en règle en matière de respect des conditions de travail. On ne voit dès lors pas que l'*art. 6 nLMP/VD* fasse obstacle au choix du législateur fédéral d'autoriser, à certaines conditions, la location de services en Suisse, ni avec le droit des entreprises de location de services d'exercer leurs activités partout en Suisse dès l'obtention de leur autorisation d'exploiter (*cf. art. 15 al. 1 LSE*).

h. [BGE 150 I 88](#) (Urteil [2C_33/2023](#) vom 11. Juli 2024)

Kantonale schulrechtliche Ordnungsbusse ist keine Strafe (§ 91 Abs. 8 lit. d und Abs. 9 Schulgesetz-BS): Nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung [*bis dahin bestehend aus nur zwei einschlägigen Urteilen*] erfüllen Ordnungsbussen im Schulrecht die vom EGMR entwickelten «Engel»-Kriterien (Urteil des EGMR *Engel and others vs. The Netherlands* vom 8. Juni 1976) nicht, so dass das **Ordnungsbussenverfahren** folglich **keine strafrechtliche Anklage** i.S.v. **Art. 6 EMRK** darstellt (*E. 5.3 m.w.H.*). **§ 91 Abs. 9 Schulgesetz-BS** stellt trotz des [*faktischen*] Zusammenhangs mit der Covid-19-Pandemie **keine Strafbestimmung des Epidemienengesetz (EpG)** dar, da in casu kein Verstoss gegen verordnete Massnahmen, **sondern eine Verletzung elterlicher Pflichten im Bildungsbereich** geahndet wird (*E. 5.5.1 in fine*). Die Sanktion von § 91 Abs. 9 Schulgesetz-BS ist **disziplinarrechtlicher Natur**, womit die Busse eine Verwaltungsmassnahme darstellt, welche die Eltern zur Erfüllung ihrer Pflichten anhalten soll (*E. 5.5.2*). Beschwerde abgewiesen.

Dieser Entscheid grenzt in sanktionsrechtlicher Hinsicht die Anwendbarkeit des kantonalen Schulrechts zum Epidemienengesetz des Bundes ab und stellt klar, dass eine schulrechtliche Ordnungsbusse nicht in

Widerspruch zu den Strafbestimmungen des EpG steht, auch wenn der Anlass der Bussenerteilung mit der Covid-19-Krise einen faktischen Konnex hatte.

i. [BGE 150 II 527](#) (Urteil [9C_722/2023](#) vom 18. Juli 2024)

Vermögenssteuerbewertungsmassstab ausserkantonaler landwirtschaftlicher Grundstücke:

Die beschwerdeführenden Ehegatten hatten ihr *Hauptsteuerdomizil* im Kanton ZH. Im Zuge einer Erbschaft erwarb einer der Eheleute Miteigentum an mehreren im Kanton TG gelegenen Grundstücke, welche zum Teil land- und forstwirtschaftlich genutzt werden. Vorliegend war umstritten, ob diese Grundstücke zum Verkehrswert oder zum Ertragswert bei der Vermögenssteuer berücksichtigt werden müssen.

Gemäss [Art. 14 Abs. 2 StHG](#) werden land- und forstwirtschaftliche Grundstücke, abweichend zu [Art. 14 Abs. 1 StHG](#), zum Ertragswert bewertet, wobei das kantonale Recht bestimmen kann, dass der Verkehrswert dabei mitberücksichtigt wird oder bei Veräusserung oder Aufgabe der land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung die Differenz zwischen Ertrags- und Verkehrswert nachbesteuert wird. Die als **Kann-Vorschrift** formulierte Gesetzesnorm **lässt** dabei den **Kantonen** einen **grossen Regelungs- und Anwendungsspielraum**, so auch betreffend die Regeln zur Ermittlung des Verkehrswertes (*E. 5.2 in initio*). In Rezeption seiner bisherigen Rechtsprechung zur interkantonalen Bewertung (*E. 6.1*) und zu [Art. 127 Abs. 3 BV](#) (*E. 6.2*) erwog es, dass **Schulden und Schuldzinsen in interkantonalen Verhältnissen nur einheitlich abgezogen** werden können, «wenn **alle Kantone einen vereinheitlichten Bewertungsmassstab anlegen**», weshalb es jüngst in [BGE 148 I 65](#) *E. 4.1.4* eine «damit einhergehende **Beschränkung der kantonalen Souveränität** ([Art. 3 BV](#)) **und Regelungsautonomie in Finanzsachen** ([Art. 47 Abs. 2 BV](#)) (...) ausdrücklich in Kauf genommen» hat (*E. 6.2*). Nach den Grundsätzen über das Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung untersteht Grundeigentum grundsätzlich nur der Steuerhoheit des Liegenschaftskantons (*E. 6.5 in initio*). Mit dem Abstellen des Hauptsteuerkantons auf die Qualifikation des Liegenschaftskantons wird verhindert, dass Hauptsteuerkantone «*ausserkantonale Grundstücke umqualifizieren und selber bewerten müssen*» (*E. 6.5*). Eine **Bewertung ausserkantonaler Grundstücke nach innerkantonalen Grundsätzen würde zu einer Privilegierung von Steuerpflichtigen mit ausserkantonal gelegenen Grundstücken gegenüber Steuerpflichtigen mit innerkantonal gelegenen Liegenschaften** zur Folge haben (*E. 7.1.1 passim*). Das steht in Widerspruch zum Schlechterstellungsverbot. Dieses hat Verfassungsrang, gilt aber nicht absolut. Es steht somit im Spannungsverhältnis zum Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und dem Verbot interkantonaler Doppelbesteuerung. Das BGer hat entschieden, dass den beiden letztgenannten Prinzipien der Vorrang vor dem Schlechterstellungsverbot einzuräumen ist (*E. 7.1.2*). Beschwerde abgewiesen.

- j. *Urteil 1C_63/2023 vom 17. Oktober 2024 (zur Publikation vorgesehen)*
Polizeigesetz Luzern (Auszug Erwägungen zur Kompetenzabgrenzung)

Erlassbeschwerde PoIG-LU⁹ – automatisierte Überwachung: Nach Lehre und Rechtsprechung sind das **Strafrecht** sowie das **Strafprozessrecht grundsätzlich durch den Bund abschliessend geregelt**, den Kantonen verbleibt gemäss **Art. 335 StGB** nur eine Kompetenz zum Erlass von materiellem Übertretungsstrafrecht (*echter Vorbehalt*). Den **Kantonen** kommt dafür **originär die Polizeihohheit auf ihrem Territorium** zu, wobei das BGer bereits in **BGE 140 I 353** entschied, dass die Vorermittlungen kantonalem Recht unterliegen. Erhärtet sich ein Anfangsverdacht, muss so- dann das strafprozessuale Vorverfahren nach **Art. 299 ff. StPO** eröffnet werden (*E. 3.5.1*). **Entscheidend für die Abgrenzung der Rechtsetzungskompetenz** ist die *«Zielsetzung einer Vorschrift bzw. der Schwerpunkt des verfolgten Zwecks [präventiv-polizeilicher Zweck]»* (*E. 3.5.2*). Der Schwerpunkt der in casu neu vorgesehenen **automatischen Fahrzeugerkennung und Verkehrsüberwachung (AFV)** liegt nach dem BGer jedoch bei der **Strafverfolgung** und **nicht** bei der **reinen Prävention**, womit die AFV einer bundesgesetzlichen Grundlage bedarf (*E. 3.5.3*). Selbst in den gesetzlich formulierten Anwendungsbereichen, bei denen das BGer den Strafverfolgungszweck nicht im Vordergrund stehen sah und diese somit in die originäre Polizeihohheit des Kantons LU fallen, erachtete es die Regelung als unverhältnismässig (*E. 3.6*): Daten, die nach Abfrage keine Treffer ergeben, sind bereits nach bestehender Rechtsprechung des BGer zur automatisierten Fahrzeugerkennung *«unverzüglich und spurlos zu löschen [...] (BGE 146 I 11 E 3.3.2 [...])»*. Beschwerde hinsichtlich § 4^{octies} und 4^{octies} PoIG-LU (*und damit teilweise*) gutgeheissen.

Für den Inhalt des Urteils betreffend die Erwägungen zur Kompetenzbeschränkung durch die Bundesverfassung s. Kap. III./2./c. (S. 20). Für den Inhalt des Urteils betreffend die Erwägungen zum kooperativen Föderalismus s. Kap. III./4./c. (S. 25 f.).

- k. *Urteil 2C_113/2024 vom 3. Dezember 2024 (zur Publikation vorgesehen)*
Zürcher Digital-only-Pflicht

§ 4d nVRG-ZH¹⁰ – elektronischer Kommunikationspflicht («digital-only») in kantonalen Verwaltungs- und Justizverfahren: Mit Änderung vom 30. Oktober 2023 beschloss der Kantonsrat ZH eine hauptsächlich das VRG umfassende Gesetzesnovelle zur Einführung der digitalen Kommunikation mit kantonalen Verwaltungs- und Justizbehörden. Eingaben können nach §4b Abs. 1 nVRG-ZH weiterhin grundsätzlich in Papier- sowie elektronischer Form erfolgen, wobei nach § 4b Abs. 2 i.V.m. §4d nVRG-ZH bestimmte Handlungen aber elektronisch erfolgen müssen (*E. 3.3*).

⁹ Gesetz über die Luzerner Polizei (PoIG [PoIG-LU]) vom 27. Januar 1998 (**SRL Nr. 350**) in der Fassung vom 24. Oktober 2022 (**G 2023-001**); Teilaufhebung durch BGer 1C_63/2023-Dispositiv-Ziff. 1 formell nachgeführt mit Beschluss vom 30. November 2024 (**G 2024-072**).

¹⁰ Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG [VRG-ZH]) vom 24. Mai 1959 (**LS 175.2**), Änderung vom 30. Oktober 2023 (*Elektronische Verfahrenshandlungen*), in Kraft ab 1. Januar 2026 (**OS 79 10**).

In kompetenzrechtlicher Hinsicht erwog das BGer, dass die anwaltlichen **Berufsregeln** nach BGFA schlussendlich dem **Polizeigüterschutz** [*Treu und Glauben im Geschäftsverkehr*] dienen, welche **nicht** mit der **«digital-only»-Pflicht** in **Zusammenhang** stehen. Da diese Pflicht nicht in die vom BGFA festgelegten Berufsregeln eingreift, wird folglich der Vorrang bzw. dem Grundsatz der derogatorischen Kraft des Bundesrechts gemäss **Art. 49 Abs. 1 BV** durch §4d nVRG-ZH nicht verletzt. In der Botschaft zum Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (**BEKJ**; **BBl 2025 19**) hält der **Bundesrat** denn auch fest, dass er es den **Kantonen überlassen will**, den **elektronischen Rechtsverkehr** für obligatorisch zu erklären oder nicht (*E. 8.4*). §4d nVRG-ZH Abs. 2 lit. b und c nVRG-ZH verstösst somit nicht gegen das BGFA und folglich nicht gegen Art. 49 Abs. 1 BV (*E. 8.6*).

Über die kompetenzrechtlichen Fragen hinaus prüfte das BGer ausführlich,¹¹ inwieweit die beschlossene Digitalisierung des Rechtsverkehrs bzw. der **«digital-only»-Pflicht** mit der Kantonsverfassung vereinbar ist: Art. 70 Abs. 2 und Art. 95 Abs. 3 **KV-ZH** bestimmen, dass behördliche Aufgabenerfüllung mit möglichst geringem Mitteleinsatz erfolgen soll, womit der kantonale Verfassungsgeber **«den Maximen der Effizienz und Wirtschaftlichkeit des staatlichen Handelns explizit Verfassungsrang zuerkannt hat»**. Art. 74 Abs. 1 KV-ZH verpflichtet die Legislative und Judikative wiederum, **«für eine verlässliche Rechtsprechung zu sorgen»**, auch der Anspruch auf Verfahrensbeschleunigung geht im nach der KV-ZH weiter als bei **Art. 29 BV**. Daraus schloss es, dass aus kantonsverfassungsrechtlicher Sicht ein erhebliches öffentliches Interesse an der möglichst effizienten und raschen Erledigung von Verwaltungs- und Justizverfahren besteht (*E. 5.5 m.w.H.*). Der Legislative kommt ein weites Ermessen zu, wie sie die Verfahrensbeschleunigung konkret umsetzen will, gerade was die Digitalisierung betrifft: **«Der Paradigmenwechsel hin zu einem vermehrt digital handelnden Staat muss mithin unter Berücksichtigung weiterer (und zum Teil gegenläufiger) Interessen und Vorgaben - wie namentlich des Gebots der Wirksamkeit und Allgemein zugänglichkeit des Individualrechtsschutzes (Art. 29a BV, Art. 13 EMRK) - erfolgen»** (*E. 5.6*). **Elektronischer Verkehr zw. Behörden und Parteien** ist ein **geeignetes Mittel**, um dieses im öffentlichen Interesse stehende Ziel zu erreichen; dies war bereits bei der Totalrevision der Bundesrechtspflege der Fall, denn diese schuf die ersten Grundlagen für die elektronische Behandlung (*E. 5.7*). Somit besteht ein gewichtiges öffentliches Interesse am elektronischen Rechtsverkehr. Grundlegend erwog das BGer in diesem Zusammenhang, dass es notorisch ist, dass **elektronische Kommunikation** den **gesellschaftlichen Alltag «in vielfältiger Weise beeinflusst»**, der **Staat dem** entsprechend **Rechnung zu tragen** und **«das mit der Digitalisierung einhergehende erhebliche Potential zur Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung auszuschöpfen» hat** (*E. 5.8*). Als Folge davon erachtete es ein Obligatorium für die professionelle Parteivertretung zur grundsätzlichen Verwendung des elektronischen Kommunikationsweges zur Ausschöpfung des Digitalisierungspotentials als geeignet (*E. 6.3*). Beschwerde abgewiesen.

¹¹ Es prüfte zunächst ebenfalls eingänglich, ob die Gesetzesänderung insgesamt mit der Wirtschaftsfreiheit gemäss Art. 27 BV vereinbar und i.S.v. Art. 94 Abs. 1 f. BV Grundsatzkonform ist (*E. 4.2 und 4.3*). Keine Verletzung der Wirtschaftsfreiheit (*E. 7*).

2. Kompetenzleitende und kompetenzbeschränkende Bestimmungen der Bundesverfassung

Aufgabenbereiche, welche die Bundesverfassung nicht dem Bund zuweist, verbleiben in der (*originären*) Zuständigkeit der Kantone. Kompetenzmässig erlassenes kantonales Recht darf weder gegen die Grundrechte oder rechtsstaatliche Grundsätze (*insbesondere Art. 5 BV*) verstossen noch den Ziel- oder Programmnormen des Bundesrechts zuwiderlaufen.

a. [BGE 150 I 17](#) (Urteil [1C_641/2022](#) vom 22. Februar 2024) **Transparenzinitiative Schaffhausen II**

Verfassungsänderung Kanton SH – Anspruch auf freie Willensbildung und unverfälschte Stimmabgabe bei Gegenstandskongruenz einer Volksinitiative und parlamentarischen Vorlage: Im Zuge der am 9. Februar 2020 angenommenen Transparenzinitiative (*Art. 37a KV-SH*) wurden am 1. März 2021 die Motion HEYDECKER Nr. 2021/7 «*Mehr Transparenz – aber mit Augenmass*» im Kantonsrat eingereicht sowie am 24. Mai 2022 die Umsetzungsinitiative (*Volksinitiative*) zur bereits angenommenen Transparenzinitiative für gültig erklärt. Am 7. November 2022 entschied der Kantonsrat-SH, dass nicht die Motion HEYDECKER, sondern ein neu zu formulierender parlamentarischer Gegenvorschlag der Umsetzungsinitiative zur Abstimmung gegenübergestellt werden soll. Hiergegen wurde direkt vor BGer Beschwerde erhoben. Die Stimmrechtsbeschwerde gegen parlamentsinterne Entscheide und Realakte ist zulässig, soweit ein unmittelbarer Bezug zu den politischen Rechten der Stimmberechtigten besteht (*E. 2 in initio a contrario; nicht publ. in BGE 150 I 17*).

Unter Bezugnahme auf seine konstante Rechtsprechung (*ab BGE 113 Ia 46*) bekräftigte das BGer, dass die **Kantone grundsätzlich befugt** sind, einer **Volksinitiative mit oder ohne gesetzliche Grundlage** einen **Gegenvorschlag** zur Abstimmung gegenüberzustellen (*E. 4.2 in initio m.w.H.*). Die Umsetzungsinitiative und der im Zuge der Transparenzinitiative abgeänderte *Art. 37a KV-SH* betrafen die «*Offenlegung der Wahl- und Abstimmungsfinanzierung sowie der Interessenbindung von [Wahlkandidaten]*» und damit materiell denselben Gegenstand, womit sich die Vorlagen «*konzeptionell gegenseitig*» ausschliessen (*E. 4.3*). In casu wäre eine gleichzeitige Abstimmung über die Umsetzungsinitiative und der Vorlage des Kantonsrats ohne Zeitverlust möglich gewesen (*E. 4.4.3 in initio*).

Gestützt auf den in [Art. 34 Abs. 2 BV](#) enthaltenen **Anspruch** der Stimmberechtigten auf **freie Willensbildung** und **unverfälschte Stimmabgabe** wäre der **Kantonsrat** daher nicht nur gehalten, sondern **geradezu verpflichtet** gewesen, seinen **Gegenvorschlag** der **Umsetzungsinitiative** in Anwendung von [Art. 30 KV-SH](#) **zwingend** als **formellen Gegenvorschlag** gegenüberzustellen (*E. 4.4.3 in fine*). Indem er dies nicht tat, verletzte der Kantonsrat folglich den Anspruch der Stimmberechtigten auf freie Willensbildung und unverfälschte Stimmabgabe gemäss [Art. 34 Abs. 2 BV](#) (*E. 4.4.5*). Aufhebung von Traktandum 3 des Beschlusses Nr. 4 des Kantonsrats vom 7. November

2022 und Rückweisung an den Kantonsrat (*E. 5, nicht publ. in BGE 150 I 17*). Beschwerde gutgeheissen.

In diesem Urteil musste sich das BGer zur Frage äussern, inwieweit der Zuständigkeit der Kantone, ihre politischen Angelegenheiten zu regeln (*Organisationshoheit/Organisationsautonomie; Art. 51 BV*),¹² durch die Bundesverfassung (*hier konkret durch den Anspruch der Stimmberechtigten auf freie Willensbildung und unverfälschte Stimmabgabe nach Art. 34 Abs. 2 BV*)¹³ Schranken auferlegt werden. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass die Kantone nach ständiger Rechtsprechung und Lehre auch ohne explizite gesetzliche Grundlage einer (*Volks-*)Initiative einen Gegenvorschlag unterbreiten können. Folglich müssen die Kantone auch selbst bestimmen können, wann sie dies ggf. tun, allenfalls nach ihrem massgeblichen Verfassungs- und Gesetzesrecht. All das fällt in die Organisationsautonomie der Kantone, die der Bund gemäss [Art. 47 Abs. 2 Satz 1 in fine BV](#) zu beachten hat.

Die Organisationsautonomie der Kantone hat aber dort ihre Grenzen, wo ihre Ausgestaltung mit den Vorgaben des Bundesrechts kollidiert.¹⁴ Dies kann normalerweise insbesondere dort geschehen, wo dem Bund eine entsprechende Regelungskompetenz zukommt, die er bereits umfassend wahrgenommen hat. Verfassungsgebung und Regelung der politischen Angelegenheiten gehören allerdings zur ureigentlichen Kompetenz der Kantone. Bund und Kantone sind zwar verpflichtet, zur Verwirklichung der Grundrechte und damit auch der politischen Rechte von Art. 34 BV beizutragen ([Art 35 Abs. 1 und 2 BV](#)),¹⁵ was aber im Lichte von [Art. 46 Abs. 3](#) und [Art. 47 BV](#) und aufgrund der grundsätzlichen, nicht allumfassenden/generellen Natur der Grundrechte¹⁶ im Bereich von grundlegenden kantonalen Kompetenzen den Bund nur in Grenzfällen zu einem Eingreifen berechtigen sollte. Wann ein solcher Grenzfall vorliegt, basiert naturgemäss auf einer (*interdisziplinären*) Wertung.

b. *Urteil 1C_223/2023 vom 22. Mai 2024 (zur Publikation vorgesehen)*
Causa Isabel Garcia

Parteiwechsel nach erfolgter Parlamentswahl: Anlässlich der Erneuerungswahl des Zürcher Kantonsrats vom 12. Februar 2023 errang Isabel Garcia auf der Liste der GLP ein Kantonsratsmandat. 5 Tage später wurden die Wahlergebnisse im kantonalen Amtsblatt publiziert. Wiederrum 5 Tage später gab Isabel Garcia sodann ihren Parteiwechsel zur FDP bekannt. Nach dem Beschluss des Kantonsrats vom 8. Mai 2023 über die Erhaltung der Wahlergebnisse wurde gegen den Erhaltungsbeschluss in Bezug auf Isabel Garcia wegen Verletzung der politischen Rechte Beschwerde ans BGer erhoben.

¹² BELSER EVA MARIA/WALDMANN BERNHARD/WIEDERKEHR RENÉ, Staatsorganisationsrecht, Zürich/Basel/Genf 2017, Kap. 6 Rz. 34.

¹³ Siehe hierzu allg. TSCHANNEN PIERRE, BSK-BV, a.a.O., Art. 34 N 33 m.w.H.

¹⁴ Vgl. SCHWEIZER RAINER J., BV-Komm. SG, Ehrenzeller/Egli/Hettich/Hongler/Schindler/Schweizer (Hrsg.), 4. Aufl., Zürich/St. Gallen 2023, Art. 3 N 29 m.w.H.

¹⁵ Vgl. WALDMANN BERNHARD, BSK-BV, a.a.O., Art. 35 N 12.

¹⁶ WALDMANN BERNHARD, BSK-BV, a.a.O., Art. 35 N 35 ff. m.w.H.; SCHWEIZER RAINER J., BV-Komm. SG, a.a.O., Art. 35 N 23 m.w.H.

Der «**Erwahrungsbeschluss**» des Kantonsrats stellt, analog dem Vorgehen des Bundesrates, «*ein selbständigen organisatorischen Hoheitsakt im Rahmen der politischen Rechte [dar], mit dem numerisch das Stimmverhältnis einer Abstimmung und (...) der Volksbeschluss zuhanden der Öffentlichkeit förmlich festgestellt wird*», dessen Zweck nur in der Festhaltung des Entscheids «*der Stimmbürgerschaft*» besteht und damit die Gültigkeit des Ergebnisses festhält (E. 4.2). Der bereits wenige Tage nach der Wahl erfolgte Parteiwechsel von Isabel Garcia stellte eine Unregelmässigkeit dar, welche die Beschwerdeführer nach Treu und Glauben bereits damals mit einem kantonalen Rechtsmittel anfechten sollen, nicht erst den Erwahrungsbeschluss (E. 4.3). Entgegen dem Wortlaut von § 42 lit. b VRG-ZH steht die Beschwerde ans VGer-ZH hiergegen offen (E. 4.4).

Sodann äusserte sich das BGer zum **Prinzip des freien Mandates** (Art. 161 Abs. 1 BV resp. Art. 52 Abs. 1 KV-ZH): Ein **Parteiwechsel begründet grundsätzlich keine Verletzung von Art. 34 BV**, «*[e]ine gerichtliche Prüfung solcher Sachverhalte erscheint weder sinnvoll noch realistisch*» (E. 7.4). Art. 34 Abs. 2 BV gibt allerdings die **Grenze des Parteiwechsels** vor (E. 8.2): Eine **fingierte Listen-/Parteizugehörigkeit stellt eine schwere Irreführung der Stimmberechtigten** dar (E. 8.6). Art. 34 Abs. 2 i.V.m. Art. 29a BV **garantiert die gerichtliche Untersuchung solcher Mutmassungen**, wenn derartige **Anzeichen glaubhaft gemacht** werden. Isabel Garcia hat einen Tag nach Ablauf der Beschwerdefrist ohne ersichtlichen Grund die Partei gewechselt, was Anlass für eine behördliche Untersuchung gäbe, welche bislang nicht stattgefunden hat. «*Entscheidend ist (...), ob die Beschwerdegegnerin den festen Entschluss zum Parteiwechsel bereits im Zeitpunkt der Wahl gefasst und entsprechende Vorkehrungen getroffen oder Aussagen gemacht hatte*», wozu aber die nötigen Sachverhaltsfeststellungen bisher fehlen. Angesichts der zeitlichen Dringlichkeit (*und weil er die Frage der Erwahrung inhaltlich bereits erörterte*) ist eine Rückweisung an den Kantonsrat nicht sinnvoll. Das BGer wies die Sache daher an das VGer-ZH zurück. Beschwerde gutgeheissen.

Im vorliegenden – und medienwirksam publik gewordenen – Fall hat sich das BGer in Fortsetzung eines bereits bestehenden Trends damit befasst, inwieweit nicht nur die die Grundrechte (*in casu die politischen Rechte und die allgemeinen Verfahrensgarantien von Art. 29 Abs. 1 BV sowie der Rechtsweggarantie gemäss Art. 29a BV*) von Bundesverfassungen wegen die Organisationsautonomie der Kantone hinsichtlich ihrer politischen Angelegenheiten einschränken (*vgl. die diesbezüglichen Ausführungen zu BGE 150 I 17 in Kap. III./2./a.*).

In **BGE 135 I 19** hatte sich das BGer noch nicht mit der Frage befassen müssen, welche Rechtsnatur dem Erwahrungsbeschluss zukommt und ob die kantonale Legislative dabei die Vereinbarkeit von Wahlergebnissen mit der Wahl- und Abstimmungsfreiheit nach Art. 34 Abs. 2 BV prüfen kann. Eigentlich sah das BGer ernsthafte und sachliche Gründe, im Fall Isabel Garcia anders als in BGE 135 I 19 zu verfahren und seine Praxis entsprechend zu ändern, was es nach ständiger Rechtsprechung vorgängig anzukündigen hätte. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit der Angelegenheit und der bereits langen Verfahrensdauer von einem Jahr sah es von einem Nichteintreten ab und schützte das Vertrauen der Beschwerdeführer in die mit BGE 135 I 19 begründete Rechtsprechung. Bemerkenswert ist das Leiturteil besonders in der Hinsicht,

als dass das BGer gestützt auf grundlegende bundeverfassungsrechtliche Normen das VGer-ZH dazu verpflichtet, eine ureigentlich innerkantonale politische Angelegenheit von Grund auf zu untersuchen und zu beurteilen.

- c. *Urteil 1C_63/2023 vom 17. Oktober 2024 (zur Publikation vorgesehen)*
Polizeigesetz Luzern (Auszug Erwägungen zur Kompetenzbeschränkung durch die BV)

Erlassbeschwerde PolG-LU¹⁷ – automatisierte Überwachung: Am **Analysesystem zur Bekämpfung serieller Kriminalität** besteht zwar ein **erhebliches, legitimes öffentliches Interesse**, zu dessen Zweckerreichung eine automatische Auswertung polizeilicher Daten **geeignet und erforderlich** scheint (E. 4.4). Der gerügte § 4^{sexies} PolG-LU **definiert aber weder den verwendeten Begriff des Analysesystems noch der automatisierten Auswertung, was insbesondere den Einsatz von AI nicht ausschliesst:** **«Werden komplexe algorithmische Systeme eingesetzt, ist die Entscheidungsfindung kaum nachvollzieh- und kontrollierbar, weshalb Fehler nicht erkannt bzw. nicht korrigiert werden können [Bezugnahme auf Rechtsprechung des deutschen Bundesverfassungsgerichts]»** (E. 4.5.4 *in initio*). Der vorgesehene polizeiliche Datenbestand nach § 4^{sexies} Abs. 4 PolG-LU ist sehr weit gefasst, sodass die **polizeiliche Herkunft der Daten an sich nicht genügt, um schwerwiegende Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung auszuschliessen**, folglich ist die Regelung **unverhältnismässig und genügt mangels hinreichender Normdichte nicht den Voraussetzungen an eine gesetzliche Grundlage für schwerwiegende Grundrechtseingriffe** (E. 4.5.5). Beschwerde hinsichtlich § 4^{octies} und 4^{octies} PolG-LU (*und damit teilweise*) gutgeheissen.

Für den Inhalt des Urteils betreffend die Erwägungen zur Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Kanton s. Kap. III./1./k. (S. 15). Für den Inhalt des Urteils betreffend die Erwägungen betreffend den kooperativen Föderalismus s. Kap. III./4./c. (S. 25 f.).

- d. *Urteil 1C_490/2024 vom 9. Dezember 2024*
Initiative «Für einen kostenlosen Nahverkehr» Stadt Bern

Ungültigerklärung der Stadtberner Gratis-ÖV-Initiative: Unter Bezugnahme auf das den Kanton Freiburg betreffende Urteil 1C_393/2022 vom 31. März 2023 = **BGE 149 I 182**¹⁸, welches die Ungültigerklärung einer Initiative mit der im Wesentlichen selben Stossrichtung schützte, erwoog das BGer in Bestätigung seiner Rechtsprechung, dass **Art. 81a Abs. 2 BV** auch den kommunalen öffentlichen Verkehr erfasst. Die Behauptung der Beschwerdeführer, dass **Art. 21 SVB-Bern**¹⁹ einen allgemeinen Vorbehalt zu Gunsten des übergeordneten Rechts enthalte und die von der

¹⁷ Gesetz über die Luzerner Polizei (PolG [PolG-LU]) vom 27. Januar 1998 (SRL Nr. 350) in der Fassung vom 24. Oktober 2022 (G 2023-001); Teilaufhebung durch BGer 1C_63/2023-Dispositiv-Ziff. 1 formell nachgeführt mit Beschluss vom 30. November 2024 (G 2024-072).

¹⁸ «*Gratuité des transports publics fribourgeoises*»; **Rechtsprechungs-Monitoring 2023**, S. 14.

¹⁹ Anstaltsreglement der Städtischen Verkehrsbetriebe (SVB [SVB-Bern]) vom 28. September 1997 (SSSB Nr. 764.11)

Initiative verlangte Änderung «*zumindest eine Zielgrösse für die künftige Ausgestaltung des Fahrpreissystems (...) vorgeben*», lässt sich dem Wortlaut der Initiative in keiner Weise entnehmen. Würde die Initiative in einer Abstimmung angenommen werden, hätte das jedem Fall zur Folge, «*dass der weitaus überwiegende Teil der (...) Nutzer keinen angemessenen Teil an die Kosten*» des stadtbernischen Nahverkehrs beitragen würden, was klar nicht mit Art. 81a Abs. 2 BV vereinbar ist. Die Vorinstanz gab die eingangs genannte Rechtsprechung zutreffend wieder (E. 2.4). Beschwerde abgewiesen.

Nachdem das BGer sich im eingangs genannten *leading case* BGE 149 I 182 grundlegend mit den verfassungsmässigen Vorgaben zur Finanzierung und besonders einlässlich zur Kompetenzaufteilung des öffentlichen Verkehrs zur Freiburger Gratis-ÖV-Initiative geäussert hatte, schützt es nun – konsequent und kaum überraschend – die Ungültigerklärung einer ähnlich ausgestalteten Volksinitiative in der Stadt Bern. Die Gratis-ÖV-Initiative war zwar territorial nur auf die Stadt Bern begrenzt, materiell aber weitgehend deckungsgleich zum Freiburger Initiativpendant (*entsprechende Vorbringen der Beschwerdeführer wies das BGer in seiner Begründung konsequenterweise aus dem Recht*). Nicht abgehandelt wurden Fragen rund um mögliche interkommunale Auswirkungen auf den Vollzug einer solchen Regelung, hätte sie der Berner Souverän denn angenommen. Diese Fragen stellten sich in casu infolge der Ungültigkeit wegen Unvereinbarkeit mit dem höherrangigen Recht gar nicht erst. Dennoch sollten für allfällig zukünftige kommunale Initiativprojekte in jedem Fall die rechtlichen (*und sodann selbstverständlich die umfassenden faktischen*) Auswirkungen im interkommunalen Verhältnis auf die vom städtischen öffentlichen Nahverkehr betroffenen Nachbargemeinden präzise eruiert und miteinbezogen werden – zumindest im Falle, dass eine solche Initiative überhaupt je materiell mit Art. 81a BV vereinbar sein könnte.

3. Gemeindeautonomie

Arrêt [2C_642/2023](#) du 16 juillet 2024

Autonomie communale : Le Grand Conseil de la République et canton de GE a adopté une modification de la loi sur le renforcement de la péréquation financière intercommunale et le développement de l'intercommunalité ([LRPFI-GE](#)) le 27 janvier 2023. Cette modification introduit notamment dans cette loi des **mécanismes de financement des prestations communales dédiées à l'aide aux personnes sans abri**, renforce le financement du Fonds intercommunal, ainsi que la péréquation générale des ressources entre les communes pour leur permettre d'assurer le financement de tâches pouvant leur être transférées à l'avenir par le canton. La commune de Cologny a contesté cette modification en invoquant en particulier la violation de l'**autonomie communale** ([art. 50 Cst.](#) et [art. 132 Cst-GE](#)). Elle arguait que cette autonomie, de rang constitutionnel, devait **prévaloir sur** les **mécanismes de péréquation financière** prévus dans la loi cantonale, de rang inférieur. Elle estimait également que l'application de ces mécanismes violait son autonomie au vu des projections des montants qu'elle devra verser en 2024 et 2025 aux communes genevoises à faible potentiel de ressources, à la Ville de Genève, ainsi qu'au Fonds intercommunal. (c. 4.3) Le TF rappelle déjà que l'art. 132 al. 2 Cst-GE qui garantit l'autonomie

communale dans son principe prévoit toutefois expressément que les limites de cette autonomie sont fixées non seulement dans la Constitution genevoise, mais également dans la loi. L'art. 133 al. 2 Cst-GE précise que la loi fixe les tâches qui sont attribuées aux communes. **Les autres dispositions de la Constitution genevoise ne garantissent aucune compétence aux communes dans le domaine de la péréquation financière intercommunale** ou s'agissant de la contribution à verser au Fonds intercommunal. Du reste, ni la Constitution genevoise ni les lois cantonales ne confèrent d'autonomie à la commune de Cologny s'agissant des calculs de la contribution qu'elle doit assumer en tant que commune à fort potentiel de ressources, de la contribution en faveur de la Ville de Genève prévue ou de celle à verser au Fonds intercommunal. (c. 4.4.1) Par ailleurs, pour le TF, le fait que les contributions dues au titre de la péréquation financière puissent indirectement obliger la commune à augmenter ses impôts ou à recourir à des emprunts pour faire face à une hausse de ses charges financières ne touche pas pour autant son autonomie fiscale. (c. 4.4.2) De plus, la loi permet aux communes de former opposition contre les calculs effectués pour déterminer les montants des contributions à charge des communes à fort potentiel de ressources et les montants des contributions en faveur de la Ville de Genève, avant que le Conseil d'État ne les approuve par arrêté et tranche simultanément les oppositions éventuelles des communes. Le TF a considéré que les dispositions modifiées de LRPF ne violaient pas l'autonomie communale. Recours rejeté dans la mesure où il était recevable.

4. Vollzugsföderalismus

Das Bundesrecht wird grundsätzlich durch die Kantone umgesetzt (*Art. 46 Abs. 1 BV*). In diesem Rahmen erlassen die Kantone die nötigen Ausführungsbestimmungen, stellen die notwendige Behördenorganisation sicher und treffen die zur Verwirklichung des Bundesrechts nötigen Entscheide und Massnahmen. Beim Vollzugsföderalismus liegt der Schwerpunkt auf der den Kantonen zukommenden Autonomie bei der Umsetzung des Bundesrechts sowie deren Grenzen und allfälligen Vollzugshilfen des Bundes.²⁰

BGE 150 II 244 (Urteil 9C_496/2023 vom 23. Februar 2024)

Nichtigkeit – Verneinung Steuerpflicht in Stadt und Kanton BE (*internationaler Sachverhalt*): Vorliegend war in tatsächlicher Hinsicht unbestritten, dass die beschwerdeführenden Ehegatten mehr Zeit in Luxemburg als in der Schweiz verbrachten. Dennoch hatte(n) die Berner Steuerverwaltung sowie die Vorinstanz(en) eine unbeschränkte Steuerpflicht hinsichtlich [DBG](#) und [StG-BE](#) in Bern angenommen. Betreffend die direkte Bundessteuer wäre nach [Art. 3 Abs. 5 Satz 4 DBG](#)

²⁰ BELSER EVA MARIA/WALDMANN BERNHARD/WIEDERKEHR RENÉ, a.a.O., Kap. 6 Rz. 69.

aber der Kanton des Heimatortes (*in casu LU*) für die Veranlagung zuständig gewesen. Gemäss [Art. 108 Abs. 1 DBG](#) **bestimmt** nur die ESTV den **Veranlagungsort, wenn mehrere Kantone** hierfür **infrage kommen**. Der Kanton BE war somit sachlich und funktionell nicht zuständig, um über die Veranlagungszuständigkeit zu befinden, womit der Berner Steuerdomizilentscheid nichtig ist (E. 4.2). Der Umstand, dass die Zuständigkeit für die **Steuerveranlagung nach DBG infolge vertikaler Harmonisierung** «oft» denselben Kriterien folgt wie die Veranlagung kantonaler Steuern «ist kein Grund, einem kantonalen Steuerdomizilentscheid im Bereich [des DBG] rechtliche Wirkung zuzuerkennen, wenn er Art. 108 Abs. 1 DBG missachtet. (...) Kann der kantonale Feststellungsentscheid nun aber noch nicht einmal die steuerpflichtige Person im kantonalen Verfahren binden, ist er endgültig jeden Sinns beraubt» (E. 4.3.4 *in fine*). **Art. 108 Abs. 1 DBG entzieht den Kantonen die Kompetenz** zum Erlass einer **Steuerdomizilverfügung, und** «auch die Kompetenz zur gerichtlichen Überprüfung (...), indem diese Vorschrift die Verfügung der ESTV der **«Beschwerde nach den allgemeinen Bestimmungen über die Bundesrechtspflege» unterwirft** [Art. 108 Abs. 1 Satz 2 DBG]» (E. 4.4.2). Demzufolge erachtete das BGer alle Entscheide des kantonalen Instanzenzugs für nichtig. Beschwerde gutgeheissen.

In sachlicher und funktionaler Hinsicht wird nach dem genauen Wortlaut von Art. 108 Abs. 1 Satz 1 DBG der Ort der Veranlagung entweder von der kantonalen Verwaltung, wenn die Veranlagungsbehörden nur eines Kantons in Frage kommen oder von der ESTV bestimmt, wenn mehrere Kantone in Frage kommen, **falls der Ort der Veranlagung im Einzelfall ungewiss ist** (*Hervorhebung durch die Verfasser*). In casu hatte der Ehemann eine Bundesanstellung inne, aufgrund derer die Eheleute ihren Hauptwohnsitz nach Luxemburg verlegt hatten, und die Ehefrau ging in einem Berner Spital weiter ihrer Teilzeitanstellung nach, weswegen sie ihre Mietwohnung an ihrem vormaligen Hauptwohnsitz Bern behielt, wo die Ehefrau jeweils knapp die halbe Woche wohnte. Bei dieser Sachlage hätten die Berner Steuer- und Justizbehörden aufgrund der von Art. 3 Abs. 5 DBG bestimmten Veranlagungszuständigkeit des Heimatkantons LU von einem interkantonalen Verhältnis und qua Art. 108 Abs. 1 DBG von der Ungewissheit des Veranlagungsortes im konkreten Einzelfall ausgehen müssen. Im Sinne der Evidenztheorie nahm das BGer daher hier einen schwerwiegenden und offensichtlichen Mangel an, da nicht nur die Berner Steuerverwaltung, sondern auch die Rechtsmittelinstanzen zum Entscheid in der Sache offensichtlich nicht zuständig waren. Obschon die direkte Bundessteuer nach der allgemeinen Regel von [Art. 2 DBG](#) von den Kantonen unter der Aufsicht des Bundes veranlagt und bezogen wird, bestimmt die dazu als *lex specialis* bestehende Norm von Art. 108 Abs. 1 DBG klar, dass im bereits mutmasslich interkantonalen Verhältnis die ESTV und damit der Bund für den Steuerdomizilentscheid zuständig ist und danach der Beschwerdeweg auf Bundesebene zu beschreiten ist. Das Urteil zeigt exemplarisch, dass auch im Bereich des Vollzugsföderalismus auf die bundesrechtlich festgelegte Kompetenzordnung – gerade im Steuerverfahrensrecht – genau zu achten ist.²¹

²¹ In einem interdisziplinären Kontext und weitergehend für einen kritisch-politökonomischen Blick auf den Schweizer Finanzföderalismus und immer noch aktuell s. bspw.: SCHALTEGGER CHRISTOPH A., Wie der Schweizer Föderalismus verschlammt, in: [IWP](#) vom 6. Juni 2022.

5. Kooperativer Föderalismus

Unter kooperativem Föderalismus ist die aufgabenbezogene Zusammenarbeit zwischen den Kantonen einerseits (*horizontaler kooperativer Föderalismus*) und zwischen dem Bund und den Kantonen andererseits (*vertikaler kooperativer Föderalismus*) zu verstehen.

Die interkantonale Zusammenarbeit kann sich sowohl auf Aufgaben aus dem originären Kompetenzbereich der Kantone (Art. 3 und 43 BV) als auch auf die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen (*punktueller, aufgabenbezogene vertikale Kooperation*) beziehen, indem er sich bspw. an der interkantonalen Zusammenarbeit beteiligt (Art. 48 Abs. 2 BV) oder die Kantone über Programmvereinbarungen finanziell bei der Umsetzung von Bundesaufgaben unterstützt (Art. 46 Abs. 2 BV).²²

a. Urteil [7B_755/2023](#) vom 8. Februar 2024

Straf- und Massnahmenvollzugskonkordat Nordwest- und Innerschweiz

Rechtsgleichheit inhaftierter Personen: Sowohl Art. 235 Abs. 5 StPO als auch das [Straf- und Massnahmenvollzugskonkordat](#) lassen «von Kanton zu Kanton bzw. von Anstalt zu Anstalt» **unterschiedliche Regelungen zum Haftvollzug und** bei den **Hausordnungen** der Haftanstalten zu. Art. 8 Abs. 1 BV schliesst eine unterschiedliche Regelung derselben Materie durch verschiedene Kantone nicht [*eo ipso*] aus; «*dies ist eine Folge der föderalistischen Staatsstruktur der Schweiz*» (E. 2.4.2 m.w.H.).

b. Arrêt [2C_456/2023](#) du 23 juillet 2024 (publication ATF prévue)

CDIP – règlement sur la reconnaissance des certificats de maturité gymnasiale (RRM) : La Conférence des directrices et directeurs cantonaux de l'instruction publique a adopté le 22 juin 2023 un nouveau RRM (*RRM 2023*) prévoyant notamment que désormais que la durée des filières de maturité gymnasiale est de quatre ans au moins. Un tel cursus de trois ans existe en particulier dans le canton de VD, mais aussi dans les cantons du Jura, de NE et de BE (*pour sa partie francophone*). Le RRM 2023 a avant tout pour effet d'imposer un effort d'adaptation aux cantons dont la filière gymnasiale ne répond pas encore à cette exigence. Les recourants reprochent au RRM 2023 de violer l'[art. 48 al. 4 Cst.](#) (c. 4.6). La CDIP jouit depuis une trentaine d'années déjà du droit de régler la reconnaissance des certificats de maturité gymnasiale en application d'une convention intercantonale de portée nationale ayant en principe fait l'objet d'une approbation parlementaire, voire populaire dans les cantons. L'Accord sur la reconnaissance des diplômes, qui constitue une convention intercantonale adoptée par le biais d'une procédure similaire à celle d'une loi cantonale, habilite en effet expressément la CDIP à régler la reconnaissance des

²² Vgl. statt vieler: BELSER EVA MARIA/WALDMANN BERNHARD/WIEDERKEHR RENÉ, a.a.O., Kap. 6 Rz. 89 ff. m.w.H.

diplômes de fin d'études cantonaux, y compris les maturités gymnasiales, tout en contenant indéniablement les grandes lignes des règlements à adopter dans ce but (c. 4.7.2). Il résulte de ce qui précède que le RRM 2023 a certes pour effet pratique de contraindre quelques cantons - dont celui de Vaud - à réviser leur modèle actuel de formation gymnasiale, du moins s'ils entendent que celle-ci aboutisse encore à un certificat de maturité reconnu dans l'ensemble de la Suisse au-delà de 2038. Ces cantons jouissent toutefois d'une certaine autonomie quant à la manière d'organiser leur futur cursus gymnasial de quatre ans, le cas échéant sans devoir prolonger la durée totale de la scolarité obligatoire et postobligatoire. L'exigence fixée aux art. 7 et 36 al. 2 RRM 2023 selon laquelle la durée des filières de maturité gymnasiale devrait être de quatre ans au moins pour aboutir à la délivrance d'un certificat reconnu dans toute la Suisse ne constitue pas nécessairement un changement fondamental. Les autorités cantonales vaudoises ont estimé nécessaire d'adhérer à cette convention intercantonale afin d'assurer la reconnaissance des diplômes vaudois sur une autre base que celle de la réciprocité, laquelle ne permettait pas de garantir suffisamment la qualité des diplômes. Elles ont ce faisant admis que la conférence plénière de la CDIP puisse à l'avenir adopter elle-même des règlements de reconnaissance, sachant que le canton y serait représenté et qu'il pourrait dès lors participer à l'élaboration desdits règlements et défendre certains principes auxquels il tenait. Le Grand Conseil-VD, comme les autres parlements cantonaux, a ainsi accepté que le risque que cet organe intercantonal puisse un jour fixer, mais aussi modifier, sur la base d'une décision prise à la majorité des deux tiers, la durée d'étude gymnasiale minimale nécessaire à une reconnaissance automatique des certificats de maturité délivrés par le canton (c. 4.7.4). Il est ainsi **dans la nature du fédéralisme suisse qu'une décision puisse être prise** – dans des cas et conditions bien définis – à la **majorité des cantons**. Il est pour le reste vrai que le RRM 2023 **n'a fait l'objet d'aucune approbation parlementaire ni référendaire** et qu'il **jouit** dès lors d'une **légitimité démocratique moindre par rapport à une loi cantonale ordinaire**. Il n'en demeure pas moins que la **Constitution fédérale encourage la collaboration intercantonale**, en particulier dans le domaine de l'instruction publique, et qu'elle **autorise dans ce but expressément les cantons à octroyer certains pouvoirs législatifs à des organes intercantonaux** tels que la CDIP. Le TF rejette le recours.

- c. *Urteil 1C_63/2023 vom 17. Oktober 2024 (zur Publikation vorgesehen)*
Polizeigesetz Luzern (Auszug Erwägungen zum kooperativen Föderalismus)

Erlassbeschwerde PolG-LU²³ – automatisierte Überwachung: § 4^{octies} PolG-LU zielt bereits auf die geplante **POLAP-Datenbank** (E. 6.4.1-6.4.3): Das BGer erachtete es als **nicht ersichtlich**, **«wie ein polizeilicher Informationssystem-Verbund des Bundes und der Kantone auf (...) Grundlage einer Vielzahl von – u.U. divergierenden – kantonalrechtlichen Regelungen zielführend und**

²³ Gesetz über die Luzerner Polizei (PolG [PolG-LU]) vom 27. Januar 1998 (SRL Nr. 350) in der Fassung vom 24. Oktober 2022 (G 2023-001); Teilaufhebung durch BGer 1C_63/2023-Dispositiv-Ziff. 1 formell nachgeführt mit Beschluss vom 30. November 2024 (G 2024-072).

praktikabel umgesetzt werden kann» (E. 6.5). Die Ermöglichung unmittelbaren Zugriffs auf polizeiliche Daten anderer Kantone und des Bundes ohne vorangehendes Amtshilfeersuchen im Einzelfall erschwert die Rechtskontrolle und damit den Rechtsschutz (E. 6.6). Auch hier sah das BGer einen unverhältnismässigen Eingriff in [Art. 13 BV](#) und keine hinreichende Normdichte zur Rechtfertigung eines schwerwiegenden Grundrechtseingriffs (E. 6.7). Beschwerde hinsichtlich § 4^{octies} und 4^{octies} PolG-LU (und damit teilweise) gutgeheissen.

Für den Inhalt des Urteils betreffend die Erwägungen zur Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Kanton s. Kap. III./1./j. (S. 15). Für den Inhalt des Urteils betreffend die Erwägungen zur Kompetenzbeschränkung durch die Bundesverfassung s. Kap. III./2./c. (S. 20).

d. Urteil [2C_911/2022](#) vom 8. November 2024

Ausbildungs- und Kirchendienstkonkordat evangelisch-reformierter Pfarrer²⁴ – Nichtzulassung zum Lernvikariat: Ein in Deutschland wohnhafter deutscher Staatsbürger und Theologe erklärte 2021 seinen Anschluss an eine Kirchgemeinde im Kanton AR und meldete sich danach für ein sog. Lernvikariat an. Die Konkordatskonferenz verweigerte ihm die Zulassung hierzu mit der Begründung, er habe keinen Wohnsitz im Gebiet einer Konkordatskirche, sei mit den Schweizerischen Verhältnissen nicht genügend vertraut und dass ihm notwendigen persönlichen Voraussetzungen fehlten. Sodann erhob er dreimal Rekurs gegen jeweils 3 verschiedene Entscheide von Konkordatsorganen (*Rekurskommission, Büro der Konkordatskonferenz, Konkordatskonferenz*), welche schlussendlich abgewiesen wurden. Hiergegen gelangte der Beschwerdeführer ans BGer. In **formeller Hinsicht** erwog das BGer, dass sich der **Rekursentscheid** sich auf **interkantonales Recht** stützt (*das Konkordat sowie die darauf gründende Ausbildungsordnung und die Rekursverordnung*), welches gemäss Art. 5 lit. b und c des Konkordats durch die **Konkordatskonferenz** als **interkantonales Organ** erlassen wurde (*Art. 3 lit. a des Konkordats; E. 1.2*).

Das **Publikationserfordernis** ist nach der Rechtsprechung ein **allgemeines** aus **Art. 5 BV abgeleitetes Prinzip** (E. 1.3.2 *in initio*). Als **Mindestvoraussetzung** müssen Rechtsunterworfenen «die Möglichkeit [haben], vom betreffenden Rechtstext in irgendeiner Weise Kenntnis zu erhalten», wenn das einschlägige Recht keine Publikationsform bestimmt (E. 1.3.2 *ab medio*). Das **Konkordat** ist in casu an mehreren Orten elektronisch abrufbar und **hinreichend publiziert** (E. 1.3.3).

Anfechtungsobjekt ist ein Entscheid der Rekurskommission des Konkordats nach Art. 8 Abs. 1 lit. d des Konkordats. Ihre Zuständigkeit gegen Entscheide der Konkordatskonferenz ist zwar ex lege nicht vorgesehen, die Vorinstanz erachtete den Rekurs gegen einen solchen trotz fehlender Rechtsgrundlage gestützt auf **Art. 29a BV** und Art. 86 Abs. 2 BGG als zulässig; das BGer schützte

²⁴ [Konkordat vom 28. November 2002](#) betreffend die gemeinsame Ausbildung der evangelisch-reformierten Pfarrerinnen und Pfarrer und ihre Zulassung zum Kirchendienst.

diese Rechtsauffassung, da der **Rechtsweg** auch gegen **Entscheide** der **Konkordatskonferenz** **offenstehen muss** [*teleologische Extension* von Art. 23 des Konkordats] (E. 1.4.1).

Nach dem **Prinzip der Territorialität der Normengeltung** gelten **Kantonsverfassungen** nur **innerhalb** des **betreffenden Kantonsgebiets** (E. 1.4.4 und 1.4.7). Art. 88 Abs. 2 BGG setzt nach der Rechtsprechung voraus, dass das obere Gericht

1. für das **gesamte Kantons- bzw. Konkordatsgebiet zuständig** ist,
2. **keinem anderen kantonalen Gericht hierarchisch untergeordnet** ist,
3. in ihrem gesamten **sachlichen Zuständigkeitsbereich** auf kantonaler bzw. interkantonaler Ebene **letztinstanzlich** entscheidet, und
4. die Anforderungen an ein **unabhängiges Judikativorgan** erfüllt.

Es kann **«grundsätzlich auch eine durch Konkordat geschaffene interkantonale Rekurskommission ein Gericht i.S.v. Art. 86 Abs. 2 BGG und Art. 30 Abs. 1 BV sein»**, wenn sie den Sachverhalt frei prüfen kann und das massgebende Recht ex officio anwendet (Art. 110 BGG; E. 1.4.5). Die **Rekurskommission** ist nach Art. 8 Abs. 1 lit. d des Konkordats eine ständige Kommission der Konkordatskonferenz, die nach Art. 23 Satz 2 des Konkordats generell endgültig über alle Verfahrensmängel (§ 10 Rekurs-VO) und unabhängig (§5 Abs. 1 Rekurs-VO) entscheidet, woraus folgt, dass sie **für das gesamte Konkordatsgebiet für alle Sachbereiche des Konkordats die alleinige Zuständigkeit zur Beurteilung von Rechtsmitteln gegen Entscheide der Konkordatsorgane hat** (E. 1.4.6 passim).

In der Sache setzt Art. 17 des Konkordats setzt die Zugehörigkeit zu einer *«Konkordatskirche»* für die Zulassung zum Lernvikariat voraus, nennt den Wohnsitz aber nicht explizit als Anknüpfungstatbestand. Konkordate werden allgemein nach den Grundsätzen des Völkerrechts ausgelegt, soweit Bundesrecht, Gewohnheitsrecht oder Vereinbarung nicht etwas anderes bestimmen (E. 4.1 f.). Der **Begriff** der Zugehörigkeit ist **nicht definiert** und hat **daher Verweisungscharakter**. Da das **Konkordat keine Verweisung auf kantonales Recht** enthält, sind **kantonale Bestimmungen nicht als ergänzendes interkantonales Recht, sondern als kantonales Recht anwendbar** (E. 4.5.1). Art. 109 f. KV-AR verweisen auf die Kirchenverfassungen. Das Abstellen auf den Wohnsitz erweist sich im Ergebnis nicht als willkürlich (E. 4.5.2-4.5.7). Beschwerde abgewiesen.

Bereits in seiner früheren Rechtsprechung hatte das BGer entschieden, dass die Kantone nach [Art. 191b Abs. 2 BV](#) gemeinsame Gerichte einsetzen können. Zuletzt hat es mit [BGE 148 I 104](#), einem grundlegenden Leitentscheid zur Bedeutung und Wirkung der Rechtsweggarantie nach Art. 29a BV im interkantonalen Verhältnis, bestätigt, dass eine durch Konkordat geschaffene Rekurskommission ein Gericht i.S.v. Art. 86 Abs. 2 BGG i.V.m. Art. 30 Abs. 1 BV sein kann. Insofern stellt das vorliegende Urteil eine weitere Bestätigung der bisherigen Rechtsprechung zum interkantonalen Rechtsweg dar. Zugleich hat es klargestellt, dass die Rekurskommission des hier betreffenden Konkordats die Anforderungen an eine einzige und unmittelbare Vorinstanz zur Beurteilung von Rechtsstreitigkeiten über Entscheide der Konkordatsorgane erfüllt. In der Sache ist sodann erwähnenswert, dass das Konkordat bezüglich der Kirchenzugehörigkeit weder eine eigene Regelungsgrundlage noch eine Verweisungsnorm auf kantonales Recht enthält. Drängt

sich die Anwendung des Rechts eines Kantons auf, stellt dieses in der Folge kein ergänzendes interkantoniales Recht dar, sondern bleibt kantonales Recht, mit allen verfahrensrechtlichen Folgen.

6. Staatsrechtliche Streitigkeiten

Gemäss Art. 189 Abs. 2 BV beurteilt das Bundesgericht Streitigkeiten zwischen dem Bund und Kantonen oder zwischen den Kantonen. Es beurteilt als einzige Instanz Klagen nach Art. 120 BGG. Wegen der Bedeutung föderaler Streitigkeiten beurteilt das Bundesgericht diese als erste und zugleich einzige Instanz, womit es schlussendlich den Rechtsfrieden zwischen dem Bund und den Kantonen oder den Kantonen untereinander wahren oder rasch wiederherstellen soll.²⁵

Urteil 9E_1/2023 vom 12. August 2024 (zur Publikation vorgesehen)

Kanton SZ c. Eidgenössische Steuerverwaltung

Klage nach Art. 120 BGG Kanton SZ gegen die ESTV – pauschale Steueranrechnung (Quellensteuer): Nach Auszahlung von knapp CHF 970'000.00 an eine quellensteuerpflichtige Person im Zuge einer pauschalen Steueranrechnung aufgrund qualifizierter Beteiligung an einer ausländischen Gesellschaft stellte der Kanton SZ dem Bund eine Rechnung von knapp CHF 530'000.00 [mithin 54,72% der erfolgten Rückzahlung]. Die ESTV kürzte diesen Betrag gestützt auf Art. 20 Abs. 1 VO StA [SR 672.201; in casu war noch die altrechtliche Fassung der VO pStA²⁶ anwendbar, s. E. 3.] auf gut CHF 322'000.00. Hiergegen erhob der Kanton SZ «*verwaltungsrechtliche Klage*» gegen den Bund.²⁷ Eine Auslegung von **Art. 58 Abs. 4 VStG rechtfertigt nicht, den Kantonen** gestützt auf Art. 120 Abs. 2 BGG den **Klageweg zu versperren**. Vielmehr spricht bereits der systematische Zusammenhang (Art. 4-20a, 38-47, 48-57, 57-60 VStG) gegen eine spezialgesetzliche Verfügungskompetenz der ESTV, insbesondere da die Kantone mit dem Vollzug des Quellensteuerrechts betraut sind (E. 1.5.4 *passim*). Teleologisch gesehen sollte die Justizreform zwar das BGer vor Direktprozessen entlasten, weshalb **Klagen** nur einschränkend zuzulassen sind, dennoch gehört die **Beurteilung** von Streitigkeiten **zwischen Bund und Kantonen** gemäss Art. 89

²⁵ Grundlegend: LUKS ZHENI, [Klage an das Bundesgericht bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten zwischen Bund und Kantonen oder zwischen Kantonen \(Art. 130 BGG\), Verfassungsrechtlicher Rahmen und Sachurteilsvoraussetzungen](#), Diss. Freiburg, in: Belser/Waldmann/Stöckli (Hrsg.), Publikationen des Instituts für Föderalismus (PIFF), Band 17, Bern 2022.

²⁶ Verordnung über die pauschale Steueranrechnung vom 22. August 1967 [in der Fassung bis zum 31. Dezember 2019](#), aufgehoben mit der Änderung vom 13. November 2019 (AS 2019 3873).

²⁷ Gemäss Sachverhalt haben beide Parteien auf Einladung des Instruktionsrichters auf eine mündliche Vorbereitungs- sowie Hauptverhandlung verzichtet. Darüber hinaus «*bevollmächtigte*» der Bundesrat per Beschluss die ESTV zur Prozessführung namens des Bundes, zugleich stellte die ESTV einen sog. formellen Antrag, dass sie von Gesetzes wegen zur Prozessführung legitimiert sei (*Sachverhalt lit. C.b.*).

Abs. 2 BV zu den **verfassungsmässigen Aufgaben** des BGer. Daher kann nur die «**breitere Terminologie**» des **romanischen Wortlautes** *décision/pronunciare* **zutreffend** sein, womit die **Klageausschlussgründe** von Art. 120 Abs. 2 BGG nicht nur die Verfügungskompetenz einer Verwaltungsbehörde, sondern auch die **bundesgesetzlich vorgesehene Entscheidungszuständigkeit** einer **anderen Justizbehörde** die direkte Klage ans BGer beinhalten (E. 1.5.6). In casu ist die Beschwerdeinstanz nach Art. 58 Abs. 2 VStG nur für Beschwerden der Steuerpflichtigen zuständig, nicht jedoch für Streitigkeiten zwischen dem Bund und den Kantonen (E. 1.5.6 *in fine*). Folglich kann die sog. Kürzungsverfügung der ESTV, ungeachtet ihrer rechtlichen Qualifikation, nicht Gegenstand des Klageverfahrens sein, jedoch sehr wohl den Anspruch selbst des Kantons (E. 1.6 *in fine* bzw. *in initio*). Hinsichtlich ihrer allgemeinen Prozessführungsbefugnis fehlt es der ESTV an einem Feststellungsinteresse; immerhin erachtete es das BGer als zumutbar, dass der Bundesrat die ESTV zur Klageerhebung und -führung autorisieren kann (E. 1.7).

In materieller Hinsicht geht die **Drittelslösung** im Rahmen der pauschalen Steueranrechnung auf **BGE 145 II 339** zurück und hat ihren Hintergrund in der Funktionsweise sowie dem föderalen System bei der Steueranrechnung (E. 4.2.1 *m.w.H.*). Die Steuerverwaltung-SZ und die ESTV zogen aus dieser Judikatur unterschiedliche Schlüsse (E. 5.1): Nach dem Kanton SZ führe die Drittelslösung v.a. für Tiefsteuerkantone zu unhaltbaren Ergebnissen (E. 5.1.1), die ESTV hingegen argumentierte im Wesentlichen, dass der Bundesrat seine Verordnungskompetenz mit Art. 20 VO PStA nicht überschritten und das BGer sich im Urteil 2C_249/2020 bereits über die interne Lastenverteilung ausgesprochen habe, «*[d]er Maximalbetrag bezwecke nicht, die einzelnen Gemeinwesen davor zu schützen, mehr an Rückerstattung leisten zu müssen als sie an Steuern vereinnahmt hätten*» (E. 5.1.2). **Überzeugen konnte das BGer keiner der beiden Standpunkte** (E. 5.2): Die **Lastenverteilung der Rückerstattungen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden ist pauschalisiert** bzw. **schematisiert**, Art. 20 VO PStA lässt daher keine Verteilung nach effektiv erhobenen Steuern zu (E. 5.2.2). Die **Drittelslösung kann** nach dem BGer dennoch **nicht strikt gelten**: Die Anwendung von Art. 20 VO PStA wurde vom Bundesrat «*sinngemäss*» angeordnet, woraus das BGer schloss, dass auch bei der schematisierten Verteilung berücksichtigt werden muss, *dass sich die Bemessungsgrundlagen zwischen Bund und Kantonen unterscheiden*; es stellte sodann ausgehend von der Drittelslösung auf den jeweiligen Teilbesteuerungsgrad im Bund (60%) und in SZ (50%) und unterteilte den Teilungsbetrag auf gerundete Sehzehntel (E. 5.3). Beschwerde teilweise gutgeheissen.

IV. Ausgewählte Urteile des Bundesverwaltungsgerichts

1. Urteil [A-1706/2023](#) vom 19. Februar 2024 (*Notstromreservkraftwerk Birr*)

Landesversorgung – vorübergehende Nichtanwendbarkeit anderer Erlasse: Gemäss dem BVGer ergibt sich analog aus [Art. 18 Abs. 4 Satz 2 EBG](#), dass das kantonale Recht (*unter Einschluss*

des kommunalen Rechts) die Erfüllung bundesrechtlicher Aufgaben nicht vereiteln oder übermässig erschweren soll. Daher muss auch [Art. 34 Abs. 1 LVG](#) «eine weite Bedeutung» zugemessen werden (*E. 11.3*). Der Bundesrat war folglich ermächtigt, kantonale und kommunale Bestimmungen vorübergehend für nicht anwendbar zu erklären, soweit sie im Widerspruch zum Betrieb von Reservekraftwerken und Notstromgruppen standen (*E. 11.4*). In casu war allerdings die gesetzlich vorausgesetzte schwere Mangellage in tatsächlicher Hinsicht nicht erwiesen. Der Bundesrat hat seinen vom Gesetz eingeräumten Ermessensspielraum nicht pflichtgemäss ausgeübt. Nachträgliche Feststellung, dass die Betriebsverordnung vom 20. März 2023 nicht gesetzeskonform war. Beschwerde gutgeheissen. Das Urteil ist endgültig.

2. Arrêt [F-2182/2021](#) du 6 juin 2024

Le TAF rappelle que les **cantons** ont une **compétence d'exécution** en matière de **droit des étrangers**, la **Confédération** disposant dans ce domaine d'une **compétence législative globale**, non limitée aux principes. La procédure d'approbation de l'art. 99 LEI doit permettre à la Confédération (SEM) de contrôler l'exécution faite par les cantons et de garantir une application la plus uniforme possible du droit fédéral en matière de droit des étrangers. L'art. 99 LEI oblige les cantons à soumettre au SEM pour approbation une autorisation de séjour dont l'octroi ou la prolongation a été prononcé(e) par une autorité judiciaire cantonale. Il est ainsi possible au SEM d'introduire une procédure d'approbation et de la refuser, en ignorant le jugement rendu par l'autorité judiciaire cantonale. Bien que ledit jugement ne soit pas en tant que tel modifié ou annulé par le SEM, la décision de refus d'approbation a pour effet de le rendre inopérant pour les parties. Le jugement ne sera en effet pas exécuté par les autorités cantonales, faute d'avoir obtenu l'aval du SEM. Le TAF considère ici qu'il y a une atteinte au principe de la séparation des pouvoirs. Recours admis.

V. Aus der kantonalen Rechtsprechung

1. Urteil [VB.2021.00308](#) des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich vom 11. Januar 2024

Innerkantonale Zuständigkeit Sozialhilfe im interkommunalen Verhältnis: Das [ZUG](#) ist in innerkantonalen Verhältnissen weder unmittelbar noch mittelbar anwendbar [[Art. 1 Abs. 2 ZUG](#) e contrario]. [Art. 28 ZUG](#) vermittelt nur einem beteiligten Kanton einen Anspruch auf Richtigstellung, nicht der hier beschwerdeführenden Gemeinde (*E. 4.2*). Nach § 42 [SHG-ZH](#) (bzw. §§ 41 ff. [SHG-ZH allgemein](#)) ist die Wohngemeinde für Sozialhilfekosten ersatzpflichtig, wenn ein Hilfsbedürftiger ausserhalb seiner Wohngemeinde wirtschaftliche Hilfe bezieht (*E. 4.2 ab medio*). Ver-

jähung und Verwirkung richten sich folglich nach der Spezialregelung der Zürcher Sozialhilfegesetzgebung von § 34 Abs. 2 [SHV-ZH](#) und nicht, wie von der beschwerdeführenden Gemeinde geltend gemacht, nach [Art. 62 ff. OR](#) als kantonales öffentliches Recht (*E. 4.3 in initio*). Beschwerde abgewiesen.

2. Urteil [100 2022 274](#) des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern vom 16. Juli 2024

Ungültigerklärung kommunale Volksinitiative «für einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr» Stadt Bern: Die gegen die Ungültigerklärung des Gemeinderats erhobene Beschwerde wurde in erster Instanz vom Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland abgewiesen. Während des verwaltungsgerichtlichen Beschwerdeverfahrens erging das Urteil BGer 1C_393/2022 (*BGE 149 I 182*)²⁸ betreffend das Freiburger Initiativpendant «*Gratuité des transports publics fribourgeois*». Wie das Regierungsstatthalteramt erwog das VGer-BE im Wesentlichen, dass die Initiative nicht mit [Art. 81a Abs. 2 BV](#) vereinbar ist und daher gegen übergeordnetes Recht verstösst (*E. 2.2 f.*). Dagegen brachten die anwaltlich vertretenen Beschwerdeführer vor, dass bei Annahme der Initiative nur der öffentliche, nicht aber der touristische Verkehr kostenlos sein würde, und die Finanzierung via die Einkommens- und Vermögenssteuer stattdessen (*E. 2.4*). In materia gab das VGer-BE den Beschwerdeführern insofern recht, als dass der touristische Verkehr sachlich nicht von [Art. 81a BV](#) erfasst wird (*Art. 4 ff. ÖVG-BE; E. 4.2*). Unter einlässlicher rechtlicher Auseinandersetzung mit den erhobenen Rügen zweifelte es zunächst an, ob eine Finanzierung über Steuermittel an sich überhaupt als gerechter und sozialer bezeichnet werden kann (*E. 4.3*) und wies ausdrücklich darauf hin, dass das BGer erst kürzlich geurteilt hat, dass nach der Botschaft zur [FABI](#)²⁹ der öffentliche Verkehr im Wesentlichen weder zu billig noch zu teuer sein darf und die Kosten nach dem Verursacherprinzip den Nutzern zu überbinden sind (*E. 4.4. f.*). Die Stadtberner Initiative ist somit nicht mit der Bundesverfassung vereinbar (*E. 4.6*). Das beschwerdeführerische Vorbringen, dass die Initiative unabhängig von [Art. 81a Abs. 2 BV](#) gültig sei, da [Art. 21 SVB-Bern](#)³⁰ einen «*Kompetenzvorbehalt zugunsten des übergeordneten Rechts enthalte*», womit die Bestimmung (*bundes-*)verfassungskonform ausgelegt werden könne, verwarf das VGer-BE mit der Begründung, dass diese Bestimmung lediglich die Zuständigkeit zur Festlegung der Preise regelt; der Initiative kann auf dem Wege der Auslegung in keiner Weise ein verfassungskonformer Sinn beigemessen werden (*E. 5*). Beschwerde abgewiesen.

Im vorliegenden Fall wurde die Beschwerde gegen das Urteil des Regierungsstatthalteramtes Bern-Mittelland betreffend die Ungültigerklärung der Initiative am 25. August 2022 erhoben. Das einschlägige Leiterteil des BGer, *BGE 149 I 182*, erging sodann, wie das VGer-BE selbst ausführt, am 31. März 2023 und damit noch während der Rechtshängigkeit der Beschwerde. Das höchste Gericht hat sich darin ausführlich mit der bundesverfassungsmässigen Kompetenzordnung im Bereich des öffentlichen Verkehrs geäussert.

²⁸ Siehe auch Fn. 18 hiavor.

²⁹ Botschaft zum Stand und zu Änderungen der Ausbauprogramme für die Bahninfrastruktur sowie zur Perspektive Bahn 2050 vom 16. August 2023 ([BBl 2023 2061](#)).

³⁰ Vgl. Fn. 19 hiavor.

Das VGer-BE hat sich aber nicht nur massgeblich auf dieses Urteil gestützt, sondern auch selbst das einschlägige kantonale Recht ausführlich ausgelegt. Es ist daher nicht nur absehbar gewesen, sondern schlussendlich auch nur folgerichtig, dass die Ungültigerklärung der Stadtberner Initiative geschützt wurde und das BGer im Urteil 1C_490/2024 vom 9. Dezember 2024 die vorliegende Begründung des VGer-BE an mehreren Stellen als zutreffend erachtet hat.

VI. Schluss

Insgesamt hat sich die Rechtsprechung auch im Berichtsjahr 2024 erneut in **vielen Entscheidungen** zu **grundsätzlich föderalismusrelevanten Fragen** auseinandersetzen müssen. Besonders zahlreich waren die Urteile zur Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Bund einerseits und den Kantonen andererseits. Unter diesen wurde bestehende Rechtsprechung bestätigt, aber auch neue Grundsatzfragen, welche die föderalistische Organisation unseres Staates betreffen, entschieden. Dennoch mangelte es auch nicht an Urteilen zu anderen föderalismusrelevanten Bereichen, wobei in diesem Bericht nur die Entscheide mit hoher Föderalismusrelevanz und aktuellem Interesse aufgenommen wurden. Sachlich waren, nebst «Klassikern» wie der Doppelbesteuerung und dem Finanzausgleich, besonders Themen vertreten wie das Zusammenspiel der verfassungsmässig garantierten politischen Rechte und der genuin kantonalen Zuständigkeiten als auch Grundfragen rund um die überall im Lande fortschreitende Digitalisierung des Staates. Die Vielfalt an Fällen und die durch die Judikatur mitangeregte Dynamik zeigt in dieser Hinsicht vor allem eines: Der Föderalismus in der Schweiz ist immer noch höchst lebendig – auch bei der Judikative.